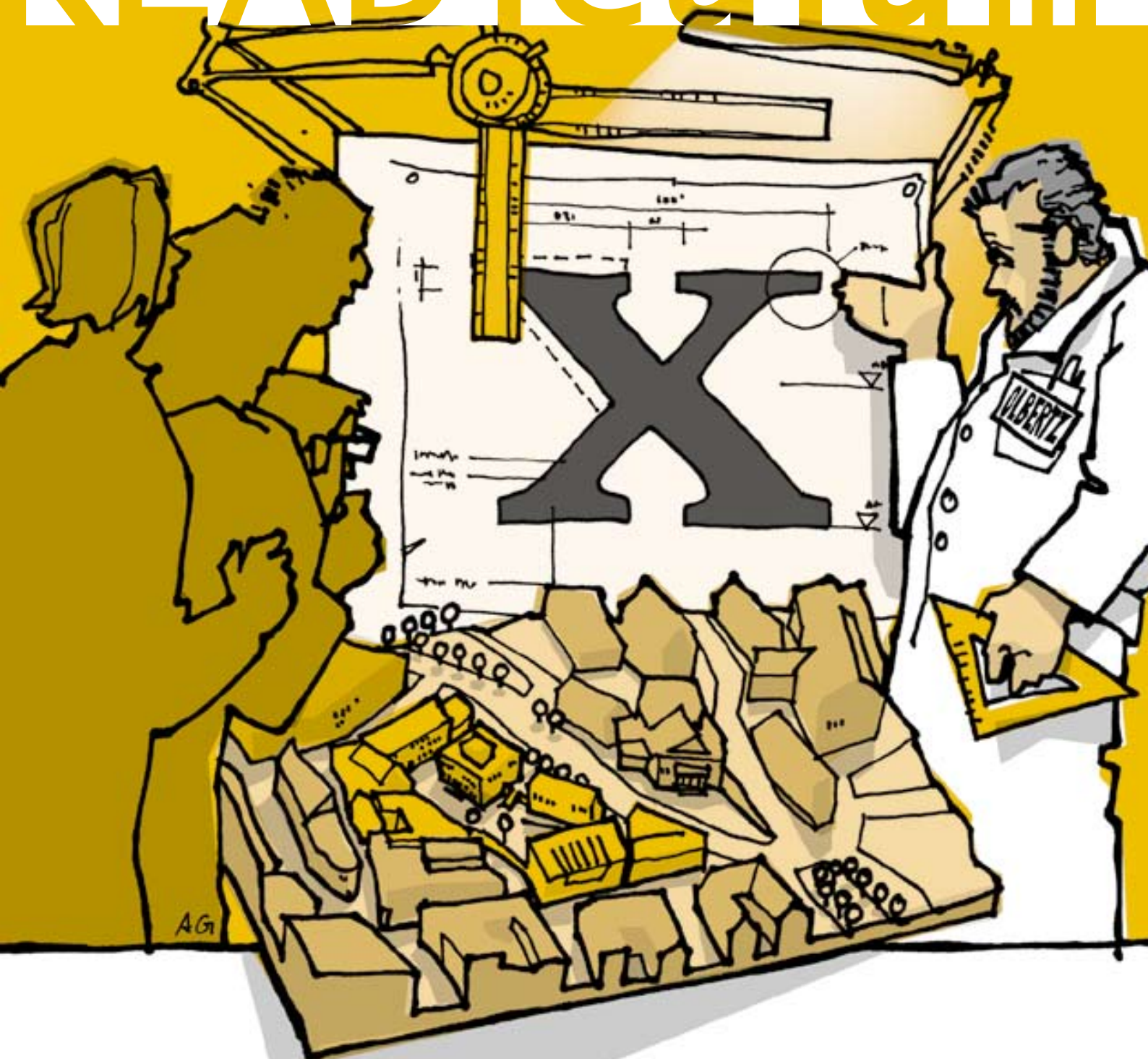


READiiculum



➤ Zielvereinbarungen mit X: Wohin geht die Reise?

Mach dein X: Hochschulwahlen im Mai

X Millionen: Klinikum Kröllwitz wird teuer

Zum X-ten Mal: Irak

Meldungen

Kritik am Krieg	3
Grass erhält Halleschen Bürgerpreis	3
Einführung von Neuregelung zu Erst- und Zweitwohnsitz verzögert sich	3

Hochschulpolitik

Planvoll erpreßt, systematisch gekürzt	4
Bildungspolitik im Zeichen von „New Labour“	5
Finanzskandal um Klinikum Kröllwitz	7
Hochschulwahlen 2003 – ohne Beteiligung?	9
Kommentar: Wahl als Chance	11

Fachbereiche

Szenen des neuen Semesters	12
Neuer Studiengang Ethnologie	12

Studentisches

Photo sucht Bilderrahmen	13
Corax-Projekt Interaudio II	14

Gastbeitrag

Studentische Beschäftigte – sogenannte Hilfskräfte	15
--	----

Irak

Krieg für den Frieden?	16
Kommentar: Frieden und Demokratie in Nahost?	17

Halle

Gegen den Krieg	18
-----------------	----

Rezension

Julie Taymors Titus	20
---------------------	----

Veranstaltungen	21
Rätsel	24

Impressum

Herausgeber: READiculum e.V.; **Chefredaktion:** Konrad Dieterich (V.i.S.d.P.), Felix Knothe, Paolo Schubert; **Redaktion:** Uwe Hartwig, Rainer Krause, Jan Mallien, Marcel Michalski, Gerd Naumann, Julia Rauschenbach, Antje Wagner; **Fotos:** Uwe Hartwig, Kati Mühlmann; **Layout, Grafik:** Arno Grabolle; **Titelbild:** Arno Grabolle; **Lektorat:** Konrad Dieterich, Felix Knothe; **Druckerei:** Druckerei Franke, Halle (Saale); **Anschrift:** READiculum, c/o Studierendenrat der MLU, Universitätsplatz 7, 06099 Halle; mail@readiculum.de; www.readiculum.de; **Auflage:** 3000 Stück; **Redaktionsschluß:** 13.4.2003
Der StuRa der MLU ist Fördermitglied bei READiculum e.V.
READiculum ist für weiterführende Inhalte, auf die in diesem Blatt verwiesen wurde, nicht verantwortlich.



Editorial

Wir sind wieder da. Warum erst nach Ostern? Nun ja, auch wir haben die kurzen Semesterferien ein wenig zum Fortkommen im und vom Studienbetrieb genutzt. Aus Rücksicht auf die Leser haben wir auch diesmal auf Werbung verzichtet, obwohl wir massenhaft Angebote hatten. Nein, die Wahrheit ist, daß irgendwie alle Partner, die wir an der Angel hatten, kurz vor knapp wieder abgesprungen sind. Wer also in READiculum eine Anzeige schalten will oder jemanden dergleichen kennt, oder wer Fördermitglied von READiculum werden will oder jemanden dergleichen kennt, ist herzlich eingeladen, sich an uns zu wenden. Denn auf Dauer kann READiculum nicht ohne zusätzliche Mittel auskommen. Die Lage ist ernst, aber noch nicht dramatisch.

Besonders problematisch für uns ist jedoch, daß zwischen dem Zeitpunkt, da wir unsere Artikel verfassen und dem Erscheinen von READiculum meist ganze zwei Wochen vergehen. So können wir nicht wissen, ob Ausgabe 9 nun, da ihr sie in der Hand haltet, nicht schon zum geschichtlichen Dokument geworden ist. Niemand von uns kann wissen, wie die Situation im Irak nach Ostern aussieht. Dennoch hielten wir es für wichtig, uns in READiculum mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Der einzige eingebettete Korrespondent, den wir hatten, war jener, der die Geschehnisse auf Halles Anti-Kriegs-Demos exemplarisch eingefangen hat. Sonst können wir keine Frontberichte liefern, sondern versuchen eher, von Halle aus verschiedene Ansichten zu reflektieren. Naturgemäß bleibt das Bild dabei fragmentarisch und subjektiv. Eine abschließende Bewertung, so diese denn überhaupt möglich ist, wird erst viel später möglich sein. Das Thema verdient es sicher, noch lange Zeit aufmerksam beobachtet zu werden.

Was dem Nahen Osten fehlt, geht an dieser Universität vielen auf die Nerven – Demokratie. Oft hört man die Frage, warum denn jedes Jahr Wahlen stattfinden müßten. Auch sei das ganze wohl eher eine Farce denn wirkliche Mitbestimmung. Zuviel Aufwand für zuwenig Einfluß. Nun, es ist wieder soweit. Und wir denken, für alle etwas dabei zu haben. Diejenigen, die neu sind, werden natürlich informiert, was gewählt wird und warum. Für die anderen: Ja, es liegt vieles im argen mit den Hochschulwahlen. Genau wie sonst im Leben: Da geht es auch nicht immer spannend zu, aber man hat es irgendwie in der Hand, etwas daran zu ändern.

Engagiert Euch!

In diesem Sinne und mit einem frei abgewandelten Keglergruß also: Gut Kreuz.

Und viel Spaß beim Lesen,
Eure READaktion



Kritik am Krieg

Zum Angriff der USA gegen den Irak hat die Leitung der Fachhochschule Merseburg auf ihrer Website Stellung genommen (siehe unten). Auch die Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein bezog Position, indem sie sich „Irak-Krieg nein!“ im wahrsten Sinne auf die Fahnen schrieb, und zwar vor dem Hauptgebäude am Neuwerk (siehe Bild). Von der Martin-Luther-Universität war bis Redaktionsschluß kein Statement zu vernehmen.



Konrad Dieterich

Mit Entsetzen und Mitgefühl haben wir am 11. September 2001 auf den perfiden Terrorangriff auf die USA reagiert.

Mit Empörung und tiefem Bedauern nehmen wir am 20. März 2003 zur Kenntnis, daß die USA mit ihrem Angriffskrieg gegen den Irak nationale Interessen über den Erhalt des Sicherheitsrates der UN, dem einzigen Garanten des internationalen Friedens und der globalen Sicherheit stellt.

Ungeachtet unserer Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr stehen wir an der Seite unserer Bundesregierung.

Prof. Dr. H. W. Zwanziger, Rektor
Prof. Dr. M. Nühlen, Prorektorin für Studium und Lehre
Prof. Dr. J. Kirbs, Prorektor für Forschung und Technologietransfer
Dr. B. Janson, Kanzler



Photo: Kati Mühlmann



Grass erhält Halleschen Bürgerpreis

Am 21. März wurde auf dem Frühlingsfest im neuen Theater zum erstenmal der Bürgerpreis „Der Esel, der auf Rosen geht“ für außergewöhnliche Leistungen verliehen. Als erster erhielt diesen Preis der Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Günter Grass.

Wie Peter Sodann, Intendant des neuen Theaters unterstrich, sei es eine große Ehre, diesen Preis zuerst an Grass vergeben zu können. Die Jury habe ihn ausgewählt, weil es seinem unermüdelichen Engagement zu verdanken sei, daß die Stadt Halle als Sitz der von Grass initiierten Bundeskulturstiftung ausgewählt wurde. Seit März letzten Jahres, so Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler in ihrer Laudatio, trage die Stiftung ihren Anteil zu Halles Ruf als Kulturstadt bei.

Neben Grass wurden noch weitere Bürger aus Halle und Umgebung für ihre außergewöhnlichen Tätigkeiten ausgezeichnet. Die Telefonseelsorge Halle erhielt den Sonderpreis der Jury.

Der Bürgerpreis wurde durch eine gemeinsame Initiative des neuen Theaters, der Stiftung der Stadt- und Saalkreissparkasse und der Mitteldeutschen Zeitung ins Leben gerufen. Der ungewöhnliche Name der kleinen Eselsstatue geht auf eine alte hallische Sage gleichen Namens zurück, in der ein nichtsahnender Müllerbursche mit seinem Esel über die für den Kaiser gestreuten Rosen nach Halle kam.

Nach dem Willen der Initiatoren soll der Bürgerpreis zur Institution werden: Auf dem nächsten Frühlingsfest soll es neue Preisträger geben.

Uwe Hartwig

Einführung von Neuregelung zu Erst- und Zweitwohnsitz verzögert sich

Die im Januar im Stadtrat beantragte Neuregelung bezüglich des Nachweises des Erst- und Zweitwohnsitzes (READiculum berichtete) verzögert sich auf unbestimmte Zeit. Kernpunkt dieser Neuregelung war, daß man zukünftig womöglich selbst schlüssig nachweisen muß, daß Halle tatsächlich nur Nebenwohnsitz ist, andernfalls wird man per amtlicher Feststellung zum Hallenser.

Dieses Projekt werde, wie die Antragstellerin Isa Weiß auf Nachfrage gegenüber READiculum erklärte, aus rein formalen Gründen zurückgestellt. Proteste von Seiten der Studierendenvertreter gegen die neue Regelung hätten mit der Verzögerung nichts zu tun.

Man habe bei eingehender Überprüfung der Sachlage in der Stadtverwaltung festgestellt, daß das Paß- und

Meldewesen gemäß §5 der Gemeindeordnung von Sachsen-Anhalt lediglich eine übertragene Aufgabe der Stadt sei. Es handle sich um eine Angelegenheit des Landes, nicht der Stadt.

Halle habe in dieser Frage kein Entscheidungsrecht. Man müsse erst eine entsprechende Weisung vom Land erhalten. Das Land könnte dann die Angelegenheit aber problemlos so gestalten, wie es in der von Frau Weiß im Stadtrat vorgeschlagenen Neuregelung angedacht ist. Die Stadt habe somit auch keinen Einfluß mehr auf die zeitliche Umsetzung der Neuregelung. Ursprünglich wollte Isa Weiß diese Regelung schon mit Beginn des aktuellen Sommersemesters in Kraft gesetzt wissen.

Uwe Hartwig

Planvoll erpreßt, systematisch gekürzt

Hochschulen unterschreiben Zielvereinbarungen. Kürzung um zehn Prozent. Hochschullandschaft soll neu geordnet werden.

Stichwort Globalbudget

Mit dem Jahr 2003 findet ein Paradigmenwechsel in der Hochschulfinanzierung statt. Statt, wie bisher üblich, die Ausgaben der Hochschulen jedes Jahr im Landeshaushalt detailliert festzuschreiben, bekommen sie nunmehr ein Globalbudget, eine Pauschalsumme, über die sie relativ frei verfügen können. Dadurch soll ihnen mehr Flexibilität im Wettbewerb mit anderen Hochschulen gegeben werden. Zusätzlich werden in Zielvereinbarungen die gegenseitigen Verpflichtungen festgeschrieben. Im Idealfall erlangen die Hochschulen zusätzlich zur Flexibilität auch Planungssicherheit, ohne die Flexibilität wenig Sinn machen würde, und die Landesregierung wahrt ihren hochschulpolitischen Einfluß auf die Hochschulen. Zusätzlich ist der Weg offen, verstärkt extra-staatliche Einnahmequellen zu erschließen.

Kritiker halten dieses Verfahren jedoch vor allem für einen Rückzug des Staates aus der bildungspolitischen Verantwortung. Wenn im Haushaltsplan nicht mehr detailliert festgelegt sei, wofür die Mittel verwendet werden sollen, gehe der Zusammenhang zwischen Kürzungen am Globalbudget und den inhaltlichen Auswirkungen verloren. Diese Verantwortung müßten dann weder Kultusminister noch Parlamentarier übernehmen, sondern könnten sie an die vermeintlich ineffizient arbeitenden Hochschulen abwälzen.

Studierendenvertreter fürchten außerdem um ihren Einfluß an den Hochschulen, weil oft mit einer Flexibilisierung der Finanzierung auch die Schaffung von straffen Leitungsstrukturen einhergeht, an denen Studierenden dann nicht mehr beteiligt wären.

Felix Knothe

Nach monatelangen und am Ende festgefahrenen Verhandlungen sind die Hochschulen in Sachsen-Anhalt Zielvereinbarungen mit der Landesregierung eingegangen. Damit steht der Ausstattung der Hochschulen mit Globalbudgets nichts mehr im Wege. Allerdings muß der Hochschulbereich des Landes insgesamt ab 2006 mit nur noch 90 Prozent der Mittel auskommen. In welchen Dimensionen jede einzelne Hochschule von den zukünftigen Einsparungen betroffen sein wird, bleibt indes weiter unklar. Bis 2006 gilt die Formel 90% + x, wobei x bisher undefiniert ist und in Abhängigkeit von der Umsetzung von Strukturmaßnahmen ausgezahlt werden soll. Für die Zeit nach 2006 soll bis zum Sommer in Zusammenarbeit mit den Hochschulen auf dieser finanziellen Grundlage eine neue Hochschullandschaft für Sachsen-Anhalt entworfen werden.

Wie so oft war der größte Stolperstein bei den Verhandlungen zu den Zielvereinbarungen die Finanzen. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn sich auf der einen Seite die Hochschulen durch die Einführung von Globalbudgets, über die sie relativ frei verfügen können, größere Flexibilität erhoffen, die Landesregierung aber angesichts der prekären Haushaltslage gleichzeitig Mittel einsparen will. Am Ende jedoch fanden sich die Hochschulen in einer Zwickmühle wieder, da Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz Druckmittel einsetzte, als sich die Verhandlungen festgefahren hatten. Er erklärte plötzlich Anfang des Jahres die Zielvereinbarungen für nicht weiter verhandelbar und drohte allen Hochschulen, die diese nicht unterschreiben würden, mit ernsthaften Konsequenzen: Sie würden weder das Globalbudget erhalten, noch an den Planungen zur zukünftigen Hochschullandschaft beteiligt werden. Außerdem

würden ab sofort nur noch 90% der Mittel an reformunwillige Hochschulen ausbezahlt. Dieser Drohung konnte sich letztlich keine Hochschule widersetzen, und man unterschrieb nach langen Gremiensitzungen mit ungutem Gefühl.

„Erpressung“ – Olbertz im Senat

Zuvor jedoch hatte Kultusminister Olbertz bei allen Beteiligten viel Überzeugungsarbeit zu leisten. In Halle nahm er als Gast am 12.03.2003 an einer Sitzung des Akademischen Senates teil, wo er nicht nur mit zahlreichen Bedenken bezüglich der Machbarkeit solch kurzfristiger Kürzungen konfrontiert wurde, sondern sich auch mit dem Vorwurf der Erpressung auseinandersetzen mußte, der vom studentischen Senator Hendrik Lange erhoben worden war. Altrector Reinhard Kreckel sprach von einem entwürdigenden Vorgang, der das Ansehen der Hochschule beschädigen könne. Im wesentlichen wurde bemängelt, daß der vorliegende Entwurf einer Zielvereinbarung keinerlei Sicherheit biete, „wo die Reise hingeht“ (Rektor Wilfried Grecksch). Aber auch bei der Umsetzung der wenigen klaren Lösungsansätze des Kultusministeriums sei mit erheblichen Problemen zu rechnen. Im Personalbereich sei nach den bereits erfolgten Kürzungen ohne drastische strukturelle Einschnitte kein Einsparpotential mehr vorhanden. Auch sei fraglich, ob man in so kurzer Zeit ohne Übergangsregelungen überhaupt effektiv Gelder einsparen könne angesichts der arbeitsrechtlichen Vorgaben für den öffentlichen Dienst, die Kündigungen erschweren. Denn auch die 20-Prozent-Kürzungen von 2001/02, hauptsächlich durch Altersteilzeitregelungen und eine Auffanggesellschaft realisiert, hätten der Landeskasse bis heute keinen Euro gebracht, so Finanzprorektor Ernst-

Joachim Waschke. Allgemein wurde außerdem die Frage nach einem geeigneten Instrumentarium gestellt, mit dem die Pläne der Landesregierung umgesetzt werden sollten.

Studiengebühren nicht ausgeschlossen

Kultusminister Olbertz warb hingegen eindringlich um Vertrauen in die Landesregierung. Es komme jetzt darauf an, angesichts der dramatischen finanzpolitischen Probleme des Landes in eine Lösungsgemeinschaft mit den Hochschulen einzutreten. Damit meinte er die geplante Strukturdebatte nach Abschluß der Zielvereinbarungen. Er wies darauf hin, daß in vielen Bundesländern ähnliche Kürzungen betrieben würden, wobei Sachsen-Anhalt „im Ländervergleich noch relativ gut“ sei. Zur Bewältigung der Krise komme es vor allem darauf an, „planvoll und systematisch“ die sachsen-anhaltische

Hochschullandschaft umzugestalten. Konkret will Olbertz Geld einsparen, indem überflüssige Doppelstrukturen bei den Studienangeboten abgebaut, Schwerpunkte und Profile stärker herausgebildet und die Hochschulen mit der Möglichkeit ausgestattet werden sollen, verstärkt eigene Mittel zu erwirtschaften. Auf Nachfrage erläuterte er, daß dies womöglich auch Studiengebühren „an der Peripherie“, also etwa für Langzeit- oder Zweitstudierende bedeuten könne (siehe auch Interview mit KM Olbertz in READiculum, 7. Ausgabe). Es gebe aber noch keine genauen Pläne hierzu. Eine Stellungnahme des StuRa der MLU hierzu wie auch zu den Zielvereinbarungen blieb bisher aus.

Nach deren Unterzeichnung durch die Hochschulrektoren richtet sich also nun das Interesse auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen von Hochschulen und Kultusministerium zur zukünftigen Hochschulstruktur, die ihre Arbeit nun

aufnehmen sollen. Erst dann wird klar werden, was die Landespolitik für jede einzelne Hochschule bedeutet. Es zeichnet sich aber schon jetzt ein Neuaufleben der Rivalität der beiden Universitäten Halle-Wittenberg und Magdeburg ab. Während die Vertreter der MLU wohl aus Zweckoptimismus glauben, daß sie aufgrund der hier erst kürzlich erfolgten massiven Kürzungen bessere Karten haben (worin sie der Kultusminister auch indirekt bestärkte), wird die Uni Magdeburg eine solche Sonderbehandlung wohl zurückweisen und darauf hinweisen, daß mit diesen Kürzungen nun gleiche Augenhöhe erreicht sei. Ob also bereits im Sommer, wie geplant, ein Ergebnis vorliegt, dürfte angesichts der zu erwartenden harten Verhandlungen unwahrscheinlich sein. Ob und welche studentischen Vertreter mit am Tisch sitzen, ist ebenfalls noch ungewiß.

Felix Knothe

Bildungspolitik im Zeichen von „New Labour“

Spagat zwischen Studiengebühren und einem besseren Hochschulzugang für Kinder aus ärmeren Verhältnissen

- Die nun geführte Debatte über Strukturanpassungen im Hochschulbereich (siehe vorigen Bericht) spiegelt nicht zuletzt auch folgende Problematik wieder: Kann man mit verminderten öffentlichen Ressourcen den wachsenden Anforderungen unserer Wissensgesellschaft an Schulen und Universitäten gerecht werden? Neben der Suche nach Einsparpotentialen werden zunehmend auch alternative Finanzierungsformen diskutiert. Studiengebühren gelten hierzulande bisweilen noch als Tabuthema.

Auch in Großbritannien hatte die Einführung von Studiengebühren für erheblichen Wirbel gesorgt. Seit 1998 werden einheitliche Gebühren von 1100 £ (rund 1750 €) pro Jahr erhoben.

Lediglich den Schotten gelang es bisher, sich diesem Trend zu entziehen. Die dortige Hochschulpolitik unterliegt seit der Dezentralisierung dem Kompetenzbereich des schottischen Parlaments. Dies hat die eigentümliche Regelung zur Folge, daß das Studium



an einer schottischen Hochschule zwar für einheimische und EU-Ausländer gebührenfrei ist, nicht jedoch für die englischen Nachbarn.

Neben der schweren Belastungsprobe in der Irak-Frage hat auch die Bildungspolitik in den vergangenen Monaten für erheblichen Streit innerhalb der britischen Regierung gesorgt. Die vor einigen Jahren beschlossenen Gebührenmaßnahmen gehen inzwischen

vielen Regierungsvertretern nicht mehr weit genug, da der Finanzbedarf der Universitäten weiter wächst. Bei den diskutierten Reformplänen geht es aber nicht allein um Studiengebühren, sondern auch um die Zugangschancen zu den Universitäten.

Seit Mitte der 80er Jahre sind die Studierendenzahlen in Großbritannien dramatisch angestiegen. 1985/86 betrug der Anteil der 18- bis 19jährigen, die ein Studium begannen, nur 15%, 1994/95 waren es bereits 30%. In Deutschland betrug der Studierendenanteil im Jahr 2000 laut OECD 33,5%. Diese Zahlen sind jedoch nur begrenzt miteinander vergleichbar, da man berücksichtigen muß, daß viele der dortigen Studiengänge bei uns Ausbildungsberufe sind.

Die Labour-Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Studierendenanteil der jüngeren Menschen bis zum Jahr 2010 auf 50% zu erhöhen. Damit jedoch werden sich die Finanzprobleme der Universitäten weiter verschärfen.

Nach OECD-Informationen kommen in Großbritannien heute schon auf einen Hochschullehrer 18,5 Studenten, selbst in Deutschland ist diese Quote mit 12,3 deutlich geringer. Weitgehende Einigkeit innerhalb der Regierung bestand von Anfang an darüber, daß Ausgabensteigerungen bei den Hochschulen nicht ausschließlich durch den Staat finanziert werden dürften. Zwar sind die finanziellen Spielräume eigentlich größer als in Deutschland, aber die Regierung wurde in ihrer zweiten Legislaturperiode vor allem für das Versprechen gewählt, den öffentlichen Dienst und das Gesundheitssystem zu modernisieren.

Die Suche nach geeigneten Instrumenten gestaltete sich jedoch schwie-



rig. Als umstritten galt der Vorschlag, der vor allem von Seiten einiger Top-Universitäten unterstützt wurde, wonach die Hochschulen in Zukunft selbst über die Höhe ihrer Gebühren entscheiden sollten. Die Konkretisierung dieser Vorstellungen ließ viele Studierende aufschrecken. Am Imperial College nannte man 10500 £, in Oxford etwa 5000 £ pro Jahr wünschenswert, wobei die Gebühren der verschiedenen Studiengänge variieren sollten.

Zu den gewichtigsten Gegnern dieser sogenannten Top-up fees gehörte Schatzkanzler Gordon Brown, der von einer „lächerlichen Idee“ sprach. Damit stellte er sich nicht nur offen gegen Erziehungsminister Clarke, sondern auch gegen Premierminister Blair, der als Befürworter galt. Nach längeren Diskussionen wurde Ende Januar ein Kompromiß vorgestellt. Dieser sieht vor, daß die



Universitäten zukünftig selbst über die Höhe ihrer Gebühren entscheiden, diese dürften jedoch 3000 £ im Jahr nicht übersteigen.

Die Studiengebühren sollen ausschließlich nach dem Studium entrichtet werden, und zwar erst dann, wenn das Jahreseinkommen des Absolventen 15000 £ (ca. 24000 €) übersteigt.

Studierende und konservative Opposition kritisieren, daß dies den Studenten eine unzumutbar hohe Schuldenlast aufbürden würde. Vorgesehen ist allerdings auch, daß Studierende, deren Eltern weniger als 30000 £ im Jahr verdienen, jährliche Stipendien in Höhe von 1000 £ erhalten. Über die kommenden Jahre sollen die Ausgaben für die Universitäten um jährlich 6% erhöht werden.

Ein weiterer Kernpunkt ist die Schaffung einer Regulierungsbehörde, die für einen verbesserten Universitätszugang ärmerer Studenten sorgen soll. Durch diese Maßnahme soll ein weiteres schwerwiegendes Problem gelindert werden, das insbesondere auch mit der spezifischen Struktur des britischen Schulsystems zusammenhängt: Es geht um die mangelnde Chancengleichheit unter Schülern und Studenten. Ursache ist vor allem der in Großbritannien mit rund 7% relativ hohe Anteil von Privatschulen. Zwar gibt es andere Länder, in denen dieser Anteil noch größer ist, z.B. Frankreich oder Dänemark; dort jedoch sind die Qualitätsunterschiede zwischen staatlichen und privaten Schulen nicht so gravierend, wie dies in Großbritannien der Fall ist. Glaubt man der linksliberalen Tageszeitung *Observer*, so sind 98

der besten 100 Schulen Privatschulen. Da aufgrund der hohen Gebühren der Zugang zu den Privatschulen hauptsächlich Kindern aus wohlhabenden und reichen Verhältnissen vorbehalten ist, gefährdet dies in zunehmendem Maße die Chancengleichheit. Dabei war die eigentliche Intention zur Gründung vieler der heutigen Eliteschulen eine andere. Eaton oder Winchester z.B. sollten eigentlich kostenfreie Erziehung für die Ärmsten bieten und nur einen begrenzten Anteil von Schülern aus besseren Verhältnissen aufnehmen. Englands Privatschulen werden deshalb heute noch leicht irreführend als „public schools“ bezeichnet.

Wie schwer es ist, dem Ziel der Chancengleichheit gerecht zu werden, zeigte vor kurzem ein anderer Fall. Die Universität Bristol hatte sehr enthusiastisch neue Regierungsvorgaben zur Besserstellung von Bewerbern aus ärmeren Verhältnissen umgesetzt. Mit dieser Haltung handelte sie sich prompt einen Boykottaufruf von Seiten der Privatschulen ein. Diese fürchteten um die faire Behandlung ihrer Absolventen und forderten, daß die Bewerbungsverfahren nach rein objektiven Kriterien, sprich der Qualität des Schulabschlusses, gestaltet werden sollten.

In der Bildungspolitik geht es auch um das neue Gesicht der Labour-Partei. Zwar unterscheiden sich einige der heutigen Partei-Positionen, z.B. zur Begabtenförderung, erheblich von den früheren Egalitarismus-Vorstellungen. Chancengleichheit jedoch bleibt bei vielen ein Herzensthema, in einer Partei, die sich im letzten Jahrzehnt sehr stark von ihrer früheren Identität entfernt hat.

Jan Mallien

Photo: Kati Mühlmann



Finanzskandal um Klinikum Kröllwitz?

Ende Januar schrillten im Landesrechnungshof in Magdeburg die Alarmglocken: Eine Überprüfung der Ausgaben des Universitätsklinikums Kröllwitz hatte eine eklatante Mißwirtschaft zu Tage gefördert. Man steckte noch mitten in der Überprüfung, aber es zeichnete sich bereits ab, daß es etwas Größeres wurde. Im Landesrechnungshof sprach man von der „finanzpolitisch größten Bombe der letzten zwölf Jahre“. Es fehlte Geld, um die Finanzierung des Neubaus und der Sanierung der beiden großen Bettenhäuser in Kröllwitz abzusichern. Sehr viel Geld.

Die MZ hatte davon Wind bekommen und veröffentlichte am 29. Januar einen Extra-Artikel über die Vorgänge zwischen Landesrechnungshof und Universitätsklinikum. Von der Presse aufgescheucht debattierte schließlich der Landtag noch am gleichen Tag über dieses Problem. Ministerpräsident Wolfgang Böhmer drohte „weitreichende Konsequenzen“ an. Die CDU-FDP-Regierung schob die Misere prophylaktisch ihren Vorgängern von der SPD in die Schuhe. Die PDS forderte von ihrem ehemaligen Regierungspartner eine so-

fortige „Benennung der Schuldigen in den Ministerien“. Manfred Püchel von der SPD verlangte wiederum eine umgehende objektive Untersuchung.

Einzig der Rektor der Universität Halle-Wittenberg, Wilfried Grecksch, bemühte sich um Gelassenheit. Er könne in dem Bericht nichts wirklich Neues finden. Zusätzliche Kosten von ca. 70 Millionen Euro für die Sanierung der Plattenbauten des Klinikums seien den verantwortlichen Stellen, also auch der Regierung, seit langem bekannt gewesen.

Am Montag, dem 24. Februar, war es dann gewiß: Auf 40 Seiten listete der Landesrechnungshof penibel alle Ungereimtheiten auf. Die Wünsche der Universität, die Ausstattung und eigenmächtige Erweiterungen der Baufläche hätten die Kosten in die Höhe getrieben. 83 Millionen Euro zusätzlich kamen so zusammen. Der Präsident des Landesrechnungshofes, Horst Schröder, lieferte das Papier im Landtag ab. Es war sein Abschiedsgeschenk, ein gepfeffertes Abschiedsgeschenk: vier Tage später ging er in Pension, und Ralf Seibicke übernahm sein Amt.

Die Presse hatte die Zuständigkeiten in diesem Debakel schnell geklärt: die Universitätsleitung wurde zum Hauptverdächtigen; auch das Staatshochbauamt als Abteilung des Finanzministeriums und das Kultusministerium von Sachsen-Anhalt gerieten in Mißkredit. Das Finanz- und das Kultusministerium hätten beide durch ihre Beteiligung an dem Steuerkreis, der den gesamten Bau überwacht, zu jedem Zeitpunkt über die Entwicklung des Vorhabens unterrichtet sein müssen. Da sie aber von der tatsächlichen Sachlage offenbar keine Ahnung hatten, seien sie der ihnen übertragenen Verantwortung nicht gerecht geworden.

Millionen fehlen, und die Landeskasse ist leer. Woher nehmen? Ein Baustop kam nicht in Frage. Der Landesrechnungshof empfahl, drei der noch geplanten Anbauten erst gar nicht zu errichten. Daß das ehemalige Prestigeprojekt der Höppner-Regierung als Investitionsruine enden könnte, schien den Landtagsabgeordneten eine schier unerträgliche Vorstellung zu sein. ♡

Hochschulwahlen 2003 – ohne Beteiligung?

Der finanzpolitische Sprecher der CDU befürchtete daher umgehende negative Auswirkungen auf die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft, er orakelte von „Gefahren für andere Hochschulen und Universitäten“. Dem Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz (parteilos) hatte es die Sprache verschlagen: er konnte sich nicht zu einer Stellungnahme durchringen. Selbst Rektor Grecksch brauchte einige Tage, um wieder zu seiner demonstrativen Gelassenheit zurückzufinden.

Aber der Tanz hatte nun erst richtig begonnen. Zwei Tage später, am 6. März, wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Halle aufgrund des Berichtes vom Landesrechnungshof ein Strafverfahren eingeleitet hatte. Gegen, wie es hieß, „namentlich derzeit nicht zu benennende Verantwortliche“. Der Universität soll laut Staatsanwaltschaft von Anfang an klar gewesen sein, daß die etwa 150 Millionen Euro, die 1996 festgesetzt wurden, für die entsprechenden Bauvorhaben nicht ausreichend gewesen seien. „Anfangsverdacht auf Untreue“ heißt das auf Gerichtsdeutsch. Die Ermittlungen stünden noch ganz am Anfang, man könne noch nichts sagen. Über verwaltungstechnische Zwangsmaßnahmen gegenüber der Leitung des Klinikums hätte man aber noch nicht nachgedacht.

Grecksch erneuerte den Standpunkt der Universität, man sei sich keiner Mausechelen bewußt. Und Kultusminister Olbertz beeilte sich festzuhalten, daß es sich hierbei nur um einen „normalen rechtsstaatlichen Vorgang“ handle.

Aber schon allein die Person des zuständigen Oberstaatsanwaltes ließ aufhorchen. Folker Bittmann kann auf mehrere Verfahren wegen Bestechlichkeit oder Untreue in Halle und im Saalkreis zurückblicken. Und die Korruption gedeiht in diesem Landstrich anscheinend besonders prächtig: allein im Saalkreis liefen letztes Jahr in zehn Kommunen Verfahren wegen Korruption im Amt. Jede sechste Gemeinde ist betroffen. Offensichtlich nimmt man die Vorwürfe gegen das Klinikum Kröllwitz bei der Staatsanwaltschaft nicht auf die leichte Schulter.

In einem offenen Brief wandte sich Rektor Grecksch tags darauf an die Mitarbeiter des Universitätsklinikums und übte sich in Schadensbegrenzung. Die bisherige Darstellung in den Medien sei laut Grecksch energisch von der Hand zu weisen, sie sei nicht objektiv, sie würde nur das Ansehen des Klinikums in erheblicher Weise beschädigen.

Es gebe keine Überschreitung bei den Finanzen oder der Baufläche. Es entstehe nämlich kein Luxusbau, „sondern ein Klinikum, das den Anforderungen der Hochleistungsmedizin gerecht wird.“ Von einem Skandal, von einer Verschwendung von Steuergeldern, wie in der MZ zu lesen war, könne also gar keine Rede sein.

Grecksch übte sich in der Flucht nach vorn. Man habe nichts zu verbergen, ganz im Gegenteil. Und darum begrüße er natürlich auch die „objektive Aufklärung des gesamten Sachverhal-

tes“ durch die Staatsanwaltschaft. Aber auch der Klinikumsvorstand werde in den folgenden zwei Monaten, bis Anfang Mai, eine detaillierte Stellungnahme zu dem Fall ausarbeiten.

Am 12. März schien sich die Sache dann etwas aufzuhellen. Auf der Sitzung des Akademischen Senates der MLU und in Anwesenheit von Olbertz waren sich Rektor und Minister einig: Das Geld sei keineswegs verschwunden. Es habe bereits bei der Grundsteinlegung festgestanden, so Olbertz, „daß 300 Millionen [Mark, Anm. d. Red.] nicht ausreichen“. Allerdings sei der Mehrbedarf danach im politischen Raum nicht mehr diskutiert worden und das Geld daher bis heute nicht zur Verfügung gestellt worden, obwohl das Gesamtkonzept des Neubaus nach Darstellung von Rektor Grecksch mehrmals bestätigt worden sei, 1995 vom Wissenschaftsrat und 1997 im Medizingesetz des Landes. Am gleichen Tag hatte Grecksch in einem Interview mit der MZ erneut erklärt, statt 83 fehlten lediglich 69,9 Millionen Euro.

Alle Beteiligten sind sichtlich erleichtert, daß mittlerweile die Staatsanwaltschaft das Heft in die Hand genommen hat. Das liegt wohl kaum in einem blinden Vertrauen in die Gerechtigkeit begründet, sondern daran, daß man damit selbst ein Stück weit aus der Verantwortung entlassen wurde. Und daß in nächster Zeit kaum mit weiteren unangenehmen Überraschungen zu rechnen ist. Die Mühlen der Justiz mahlen stetig, aber langsam.

Das Ende dieses Dramas ist damit noch lange nicht abzusehen. Das Klinikum will sich zu Wort melden, die Ermittlungen laufen. Wie Oberstaatsanwalt Ingo Sierth, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Halle, auf Nachfrage gegenüber READiculum erklärte, könne wegen der verworrenen Sachlage und der Komplexität des Falles erst in Monaten mit einem Ergebnis der Untersuchungen gerechnet werden. Wann genau, das konnte aber auch er nicht sagen. Der letzte Akt im Fall Kröllwitz ist auf unbestimmte Zeit verschoben.

Uwe Hartwig, Felix Knothe

► Eigentlich müßte schon lange Wahlkampf herrschen an Halles größter Hochschule. Für den 14. Mai sind an der Martin-Luther-Universität universitätsweite Wahlen ausgeschrieben. Erstmals seit drei Jahren wählen alle Statusgruppen (ProfessorInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen, Studierende, nicht-wissenschaftliche MitarbeiterInnen) ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Aber obwohl sich die Studierenden dieser Wahl jedes Jahr unterziehen und daher einigermaßen geübt sein sollten, kann von Wahlkampfstimmung oder gar -euphorie keine Rede sein. Abgeklärte Demokratie-Routine oder Ignoranz?

Fakt ist, daß die Wahlbeteiligung seit Jahren außerordentlich gering ist. Da unterscheidet sich Halle auch nicht großartig von anderen Universitätsstandorten. Bei den allgemeinen Wahlen lag die Wahlbeteiligung unter den Studierenden letztes Jahr gerade mal bei 10,5%, bei den StuRa-Wahlen immerhin bei 14,68% (Wo ist der Unterschied? siehe nächste Seite). Dagegen lag die Wahlbeteiligung unter den Professoren bei deren letzten Wahlen 2000 beispielsweise bei sagenhaften 85,75%. Studierendenvertreter müssen sich daher regelmäßig mit dem Vorwurf der mangelnden Legitimation ihrer Arbeit auseinandersetzen. Doch die Gründe für das geringe Interesse der Studierenden, an Wahlen teilzunehmen, sind wohl vielfältig.

Zwar gibt es hierzu keine genauen Untersuchungen, doch ist anzunehmen, daß die Motivation, zur Wahl zu gehen, bei Studierenden weitaus geringer ist. Das hängt zum einen mit der Identifikation mit der Hochschule zusammen und dem daraus entspringenden Interesse an deren Geschicken. Da zeigen Professoren, deren Arbeitsstelle die Uni ist, weit mehr Engagement als Studierende bei der Mitgestaltung ihres Studienstandortes. Allerdings sollte nicht unterschlagen werden, daß Professoren auch in allen Gremien die Mehrheit stellen und daher natürlich viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten haben. Doch auch bei anderen „Oppositionsgruppen“ wie den wissenschaftlichen Mitarbeitern (Wahlbeteiligung 2000: 46,87%) scheint der sisyphossche Idealismus weiter verbreitet als bei Studierenden.

Weiterhin entscheidend für Wahlverzicht dürfte auch der Aufwand sein, den man betreiben muß, um wählen zu gehen, denn der ist verglichen mit der angenommenen Wichtigkeit der Wahl für den einzelnen oft zu hoch. Die meisten Fachbereiche und Fakultäten haben nur ein Wahllokal, das alle Wähler zentral aufsuchen müssen, um ihre Stimme abzugeben. Zwar besteht auch die Möglichkeit der Briefwahl, doch warum den Aufwand betreiben, sich Tage vorher um Formulare und Unterlagen zu kümmern, nur um Aufwand zu sparen. Das ist also nur etwas für wirklich Wahlwillige – ebenso wie sich extra ins Wahllokal zu begeben, wenn man vielleicht gar nicht in der Nähe ist.

Das Problem ist seit langem bekannt, weshalb es seit Jahren im Studierendenrat Bestrebungen gibt, den Studierenden hier entgegen zu kommen. So konnte letztes Jahr die Wahlbeteiligung bei den StuRa-Wahlen um zwei auf 14,68% gesteigert werden, nur durch die Öffnung zusätzlicher, studentenfreundlicherer Wahllokale, die Einführungen eines zweiten Wahltages und eine kostspielige Werbekampagne. Teilweise wurden diese Bemühungen zwar durch die Universitätsverwaltung unterlaufen, die nicht bereit war, die Universitätswahlen ebenfalls auf zwei Tage auszudehnen, so daß man am zweiten Tag nicht mehr für alle Gremien seine Stimme abgeben konnte. Doch zeigten die Maßnahmen Wirkung, wenn auch nur in beschränktem Maße. Dieses Jahr nun wird jedoch wieder alles so sein wie vorher. Das heißt: wenige Wahllokale und nur ein Termin. Einerseits war das Wahlamt der Universität nicht von der Sinnhaftigkeit zu überzeugen, andererseits stand tiefergehenden Änderungen auch die gegenwärtige Rechtslage entgegen, und landespolitische Initiativen des StuRa hierzu blieben unbeantwortet. Eine explosionsartige Steigerung der Wahlbeteiligung ist also wohl nicht zu erwarten.

Was viele Wähler sicherlich noch zusätzlich verunsichert, ist der Mangel an Informationen. Wen soll man denn wählen? In der Tat kennen die wenigsten die Leute persönlich, die auf ihrem Wahlzettel stehen, und wissen schon gar nicht, für welche Inhalte sie stehen.

Dem ließe sich noch abhelfen, denn meist besteht die Möglichkeit, auch noch Personen des Vertrauens einfach auf die Wahlzettel zu schreiben. Das war in der Vergangenheit sogar eine fast sichere Möglichkeit, den eigenen Favoriten ins Amt zu heben, denn oftmals gibt es weniger Bewerber, als Ämter zu vergeben sind. Nicht allzu selten kommt es also vor, daß Leute mit nur einer Stimme in ein Gremium gewählt werden.

Und so sehen diese Gremien dann oft auch aus. Was Senat oder Fakultätsräte vielleicht nicht unbedingt stört, nämlich daß womöglich ein oder zwei studentische Vertreter ins Amt rutschen, dieses dann aber nicht wahrnehmen, führt im StuRa zu erheblichen Personalproblemen. Nicht nur, daß die Arbeit auf zu wenigen Schultern lastet, es treten zusätzlich auch noch Probleme mit der Beschlußfähigkeit auf, wenn zu viele Mandate verwaist sind, weil der Inhaber nicht von sich aus zurückgetreten ist und/oder der Nachrückkandidat noch nicht kontaktiert werden konnte. Außerdem ist es fast schon zynisch, von einer Wahl zu sprechen, wenn, wie oft, nur ein Kandidat pro Amt zur Verfügung steht – oder weniger.

Denn auch mandatswilligen KandidatInnen wird es nicht unbedingt leicht gemacht, da die Zeit zwischen Wahlbekanntmachung und Wahltag verdammt kurz ist. Da hat mancher sich vielleicht nach reiflicher Überlegung entschlossen, den Aufwand um der Gemeinschaft willen auf sich zu nehmen, da ist die Zweiwochenfrist zum Sammeln der nötigen Unterschriften auch schon wieder vorbei.

Alles in allem lautet also dieses Jahr (wieder) die Devise: Trotzdem wählen gehen. Und man wagt kaum zu empfehlen: Vielleicht auch kandidieren?

Felix Knothe



Foto: Kati Mühlmann

Wahlfakten

Eigentlich gibt es am 14.5. zwei Wahlpakete gleichzeitig. Zum einen werden die studentischen Vertreter in den Universitätsgremien (akademische Selbstverwaltung) gewählt. Alle Studierenden der Uni sind wahlberechtigt. Im akademischen Senat, dem wichtigsten Gremium der Uni, werden vier gewählte studentische Vertreter sitzen. Ein weiterer studentischer Senator wird direkt vom Studierendenrat entsandt. Hier wird alles Wesentliche beschlossen, von Professurbesetzungen bis Studiengangsschließungen.

Im Konzil der Universität, dem nominell höchsten Gremium der Universität, sind elf studentische Vertreter vorgesehen. Das Konzil hat im wesentlichen nur beratende Funktion und besitzt lediglich bei hochschulpolitischen Grundsatzfragen Autorität. Es entscheidet über die Eröffnung und Schließung von Fachbereichen (könnte ja aktuell werden) und wählt den Rektor (steht im Spätsommer 2003 wieder an).

Zudem werden in jeder Fakultät und in jedem Fachbereich die jeweiligen Räte gewählt. Diese 18 Fakultäts- und Fachbereichsräte machen die Basisarbeit an den Fachbereichen, sind also dem Studienbetrieb am nächsten. Die Anzahl der studentischen Vertreter hier kann von Fakultät zu Fachbereich variieren. In allen Gremien herrscht Professorenmehrheit.

Das zweite Wahlpaket sind die Studierendenschafts- und Fachschaftswahlen (studentische Selbstverwaltung). Hierbei wählt die organisierte Studierendenschaft (jeder, der 30,60 € Semesterbeitrag, davon 5,60 € Studierendenschaftsbeitrag, bezahlt hat) ihre Vertretungen.

Der Studierendenrat mit einer Palette von sozialen, kulturellen und politischen Aufgaben, die er je nach Zusammensetzung definiert und erfüllt, kann in seiner Mitgliederzahl schwanken, da die Neuregelung, die dieses Jahr erstmals angewandt wird, eine dynamische Mitgliederverteilung vorsieht. Es wird fachschaftsweise gewählt, wobei jede Fachschaft so viele Mandate im StuRa erhält, wie sie angefangene Fünfunddreißigstel an Fachschaftsmitgliedern gegenüber der Gesamtmitgliederzahl hat (Bsp. an-

hand von Zahlen von 2002: 13 652 [Gesamtzahl Mitglieder] ÷ 35 ≈ 390,06; 1161 [Mitglieder Fachschaft Jura] ÷ 390,06 ≈ 2,98; entspricht 3 Mandaten) Dadurch dürften diesmal größere Wahlkreise wesentlich besser wegkommen als kleinere (denn früher gab es höchstens vier, später maximal drei Mandate pro Fachbereich).

Die Fachschaftsrate sind dementsprechend die studentischen Selbstverwaltungsorgane auf Fachbereichs- und Fakultätsebene. Ihre Mitgliederzahl hängt ebenfalls von der Größe der Fachschaft ab: Sie bewegt sich laut Satzung zwischen vier (Minimum), sieben (bis 1000 Mitglieder) und neun (über 1000 Mitglieder). Allerdings kann der Fachschaftsrat vor einer Wahl auch noch eine Aufstockung beschließen.

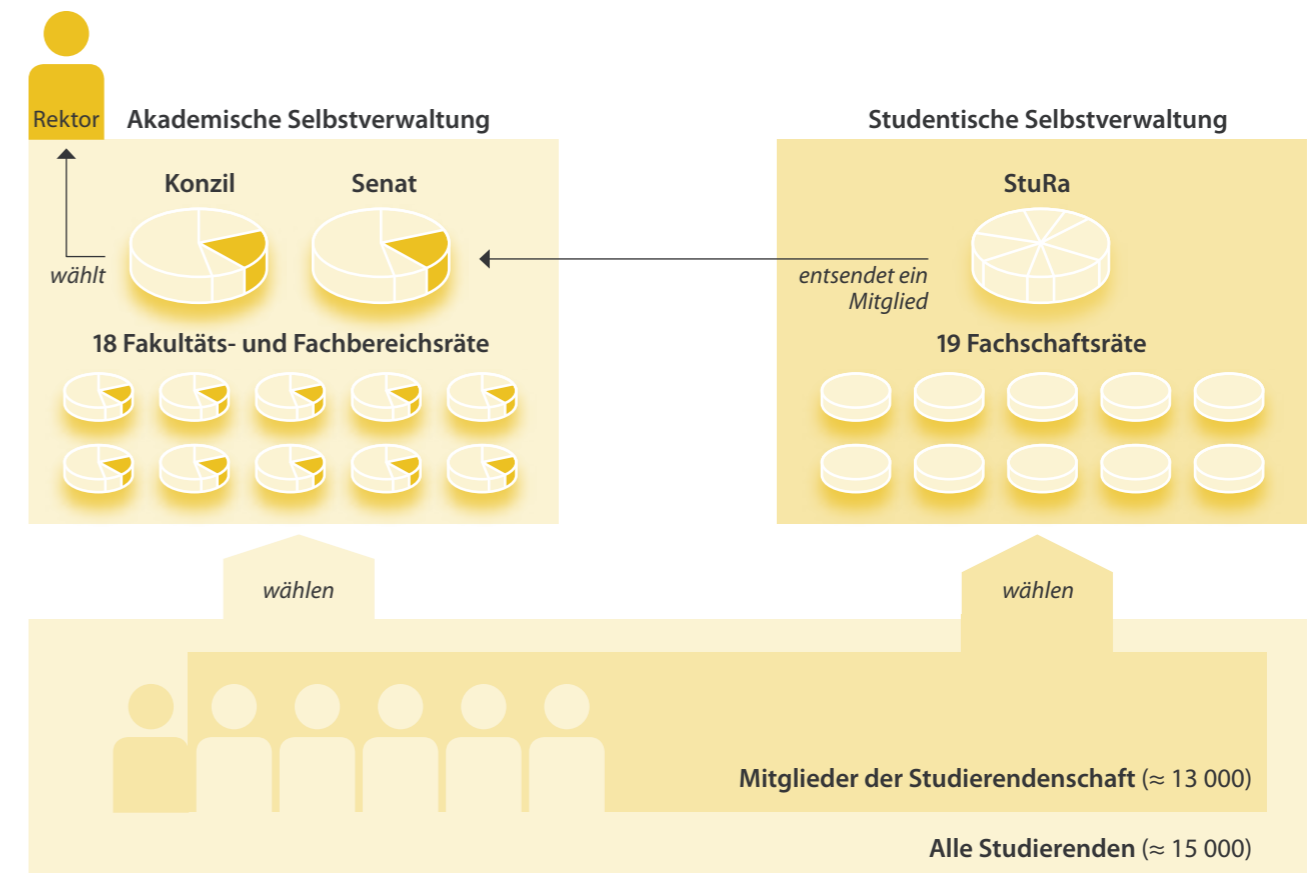
Insgesamt finden also fünf verschiedene Wahlen statt (Konzil, Senat, Fachbereichs-/Fakultätsrat, StuRa, Fachschaftsrat)! Eine Kandidatur läuft folgendermaßen: Man kann allein oder mit mehreren Leuten auf einer Liste (Wahlvorschlag) kandidieren, die von mindestens drei Wahlberechtigten unterschrieben werden muß. Hierbei ist zu beachten, daß niemand mehrere Wahlvorschläge unterstützen darf, daß aber natürlich die Kandidaten sich selbst vorschlagen können. Drei Kandidaten eines gemeinsamen Vorschlags können sich also gegenseitig und ohne fremde Hilfe unterstützen. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen werden (Bsp.: „Studiengebühren now!“ oder „Exmatrikulation abschaffen!“), das dann auch auf dem Wahlbogen für jeden Wähler sichtbar erscheint und als kleiner Fingerzeig dienen kann. Gewählt sind die Personen mit den meisten Stimmen. Die nicht gewählten Personen eines Wahlvorschlags gelten als Stellvertreter. Außerdem können meistens auch noch Personen gewählt werden, die gar nicht kandidiert haben, indem eine ausreichende Anzahl von Leuten sie auf ihre Wahlzettel schreibt. Es kann aber vorkommen, daß diese Regelung in Ausnahmefällen (abhängig u.a. von der Zahl der Bewerber) nicht gilt.

Alle Informationen im Detail auch in der Wahlausschreibung an Deinem Fachbereich und unter www.hochschulwahl.info

So läuft's an der Burg: Eine Woche vor dem Termin an der MLU finden am 7. Mai an der Burg Giebichenstein die Hochschulwahlen statt. Die Bewerbungsfrist für Kandidaten ist bei Erscheinen dieser Ausgabe leider schon abgelaufen. Gremien und Wahlverfahren sind ähnlich wie an der Uni. An einer kleineren Hochschule sind aber natürlich weniger Sitze zu vergeben. Da es auch nur zwei Fachbereiche gibt, gibt es in der Praxis nur ein studentisches Gremium, den StuRa, der sich aus je fünf VertreterInnen für Kunst und Design zusammensetzt.

Sieben Schritte auf dem Weg zum Amt

- 1 Im Wahlamt durch Einblick ins Wählerverzeichnis informieren (liegt vom 15. bis 20. April aus), ob man wahlberechtigt und wählbar ist.
- 2 Formular zur Einreichung eines Wahlvorschlags und Formular zur Zustimmungserklärung im StuRa oder im Wahlamt, ggf. auch beim Fachschaftsrat besorgen.
- 3 Drei Wahlberechtigte finden, die den eigenen Vorschlag unterstützen. (Achtung: Wahlberechtigte für die entsprechende Wahl!) Die eigene Unterschrift zählt! Es können auch mehrere Kandidaten auf einem Wahlvorschlag antreten. Von allen vorgeschlagenen Kandidaten muß eine Zustimmungserklärung zur Kandidatur vorliegen.
- 4 Formulare bis 23. April beim Wahlausschuß einreichen.
- 5 Bei der Bekanntmachung der Wahlvorschläge (7. Mai) überprüfen, ob eigener Wahlvorschlag gültig war. Wenn nicht, herausbekommen, woran es lag und Einspruchsfrist nicht verstreichen lassen.
- 6 So viele Leute wie möglich überzeugen, zur Wahl zu gehen und für den eigenen Vorschlag zu stimmen.
- 7 Wenn gewählt, Mandat nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse nicht ablehnen oder niederlegen (was auch immer noch möglich ist).



Graphik: READiculum

Kommentar: wahl als chance

► Klar, ein Kommentar zu den Wahlen muß mit den Worten „Alle Jahre wieder...“ beginnen. Also: Alle Jahre wieder... es folgt die erforderliche Aufzählung all der Widrigkeiten mit denen der wähllwillige Student zu kämpfen hat (siehe nebenan), eine Anprangerung der generellen Unbeteiligung der studierenden Massen und der notorisch geringen Auswahl. Man weiß sowieso nicht, wen man warum wählen soll. Okay, das hätten wir.

Wenn wenigstens der aktive StuRa ein leuchtendes Beispiel wäre, eines, das durch inhaltliche Tat-, hochschulpolitische Schlag- und positive Strahlkraft innerhalb der Studierendenschaft zu politischer Tätigkeit in Form von Stimmabgabe und/oder Eigenengagement einladen würde. Aber der StuRa hat sich im letzten Jahr mehr als Beitragsverwaltungsbehörde denn als politische Vertretung definiert. Sprachlosigkeit und Beschäftigung mit sich selbst war die Folge. Auch deshalb wurde der StuRa in der Studierendenschaft so gut wie überhaupt nicht wahrgenommen. Alle Jahre wieder...

Zugegeben, beim Thema Attraktivität des Wahlprozesses hat auch die Uni

ihren Anteil, die nicht einsehen will, daß es auch ihre Aufgabe ist, die Studierenden möglichst zahlreich in die Prozesse an der Hochschule einzubinden. Statt dessen betrachtet sie die Durchführung der Wahlen als notwendiges Übel und entledigt sich ihrer stiefmütterlich. Und sie meint, die regelmäßig niedrige Wahlbeteiligung gebe ihr recht.

Nun, vielleicht ist das alles nicht so einfach, und vielleicht haben die Studierenden wirklich auch ein bißchen Schuld an der schlechten Wahlbeteiligung. Darum hier ein paar Argumente, warum man trotz, trotz, trotz allem doch wählen gehen sollte.

Dabei sein ist besser, als außen vor zu sein, trotz Professorenmehrheit. Interessen zu artikulieren ist besser, als keine zu haben. Platitüde – wer unterschreibe das nicht. Warum aber wirklich wählen? Weil Demokratie nicht von oben nach unten und nicht nur durch Parlamente funktioniert. Es muß auch auf Ebene der Universität und der Fachbereiche und Fakultäten demokratische Strukturen geben. Studentische Partizipation bedeutet hier Mitgestaltung der eigenen Studienbedingungen und der gesamten Universität, was wichtig ist.

Denn was immer mehr in Vergessenheit gerät, auch durch jüngere Hochschulformen, ist, daß Studium auch Teilhabe an Wissenschaft bedeutet und nicht nur deren Konsum.

Und übrigens noch kurz nebenbei: Wissenschaft sollte ihrerseits auch eine gesellschaftliche Funktion erfüllen: Gesellschaftliches Wissen vermehren, Gesellschaft hinterfragen, kritisieren. Warum also nicht auch einmal Stellung nehmen zu gesellschaftlichen Themen. Es ist schade, wenn die MLU schweigt zum völkerrechtswidrigen Krieg im Irak – FH Merseburg und Burg Giebichenstein hatten den Mut zur Kritik. Schlimmer ist, daß auch die Studierendenschaft stumm bleibt.

Hier zeigt sich: Personen verändern Politik, auch im Kleinen. Bei der Wahl habt ihr die Chance. Darum geht wählen und setzt ein starkes Signal. Aber besser noch: Stellt Euch zur Wahl und gestaltet mit. Ein Engagement wo auch immer kann nicht nur eine Chance für Veränderung sein, sondern auch für jeden Einzelnen.

Wahl als Chance. Wahlen allein verändern vielleicht nichts, danach muß auch was passieren.

Szenen des neuen Semesters

➤ Neues Semester, neues Glück. Dieser Anspruch gilt wohl im wahrsten Sinne des Wortes in bezug auf die Teilnahmeplätze an Psychologieseminaren in den Erziehungswissenschaften. Denn Glück muß Hans schon haben, wenn er einen der raren Plätze im Seminar ergattern will.

Pünktlich 8.00 Uhr wurden alle Einschreibelisten ausgehängt, eine Stunde später hatten sich bereits 30 Frühaufsteher eingetragen, und die Liste war somit voll. Nachfolgende Mitstreiter trugen sich darunter, daneben, darüber, halt in die nichtoffiziellen Felder der Liste ein. Wer danach kam, ging leer aus.

Wer es nicht schaffte, sich in die Listen einzutragen, oder überhaupt nicht wußte, daß diese nicht erst zu Beginn einer jeden Veranstaltung ausgegeben wurden, der versuchte wenigstens eine halbe Stunde vor Beginn des Seminars zu erscheinen. Vielleicht würde ja auch das zählen. Nach und nach füllte sich der Raum, wer auf der Liste stand, konnte ja in aller Ruhe c.t. erscheinen. Nur einen Sitzplatz bekam er dann nicht mehr. Die Spannung stieg, erste Platzängste wurden laut geäußert, Hoffnungen auf einen anderen Veranstaltungsort, und endlich kam er, der alles in der Hand hatte, vor allem die Teilnehmerliste. Er

ste Bemerkung nach der allgemeinen Begrüßungsformel war: Nur wer sich in die Liste eingetragen hat, kann bleiben. Lauter Protest erklang aus circa 20 Kehlen, die damit ihre Chance auf eine Teilnahme schwinden sahen.

Nun ja, nach lautem Vorlesen aller 30 Gewinner und der 6 Zweitplatzierten aus dem nichtoffiziellen Feldern stellte der Schiedsrichter fest, daß knappe ein Drittel der Genannten gar nicht erschienen war und somit auf den Anspruch verzichtete. Aber vielleicht hielten ja die Frühaufsteher Mittagsschlaf und sammelten die Kraft für kommende Woche. Kompromiß: Alle, die zusätzlich gekommen waren, sollten doch ihr Glück nächste Woche noch einmal versuchen, vielleicht kämen ja die Mittagsschläfer doch nicht und hatten sich vor lauter Müdigkeit in die falsche Liste eingetragen.

Eine Lösung des Problems war dies noch lange nicht, aber was sollte man tun. Aber es bleibt noch ein schwacher Trost, das nächste Semester kommt bestimmt, und das übernächste ... Neues Semester, neues Glück.

Gratulation den Gewinnern und viel Glück den Verlierern beim nächsten Versuch!

Antje Wagner



Neuer Studiengang Ethnologie

➤ Obwohl das ethnologische Institut der Max-Planck-Gesellschaft schon seit Mai 1999 in Halle ansässig ist, konnte an der Martin-Luther-Universität dieser Wissenschaftszweig bis vor kurzem nicht abgedeckt werden. Doch scheint sich diese Lücke im universitären Lehrangebot nun endgültig geschlossen zu haben. Seit dem 1.4.2002 gibt es ein Institut für Ethnologie nun auch an der MLU. Das Institut, welches momentan noch in der Emil-Abderhalden-Str. 9 zu finden ist, nahm seinen Lehrbetrieb im vergangenen Wintersemester auf. Zum Oktober 2003 ist der Umzug in die unmittelbare Nachbarschaft des ethnologischen Institutes der Max-Planck-Gesellschaft in die Reichardtstr. 11 geplant. Mit diesem wird eine enge Zusammenarbeit in Lehre und Forschung angestrebt. Kooperationen in Sachen Forschung sind darüber hinaus auch mit

dem Orientwissenschaftlichen Zentrum der MLU angedacht.

Das Institut umfaßt drei Professuren mit den regionalen Schwerpunkten „Afrika und Eurasien“ (Prof. Rottenburg), „Südasiens und indischer Ozean“ (Prof. Schnepel) und „Ostasien/Japan“ (Prof. Shimada) sowie sechs Mitarbeiterstellen.

Diese Ergänzung der Sozial- und Geisteswissenschaften dürfte besonders für Studierende verwandter Fachbereiche, wie z.B. Japanologie und Indologie, interessant sein. „Der Aufbau des Instituts verlief im großen und ganzen nach Plan und erfreulich reibungslos“, so Professor Rottenburg. Derzeit wird Ethnologie von 29 Hochschülern im Hauptfach und 18 im Nebenfach studiert.

Ganz unproblematisch scheint das Studium der Ethnologie aus studentischer Sicht jedoch nicht zu sein. So sieht die Prüfungsordnung des Fachs

im Hauptstudium den Erwerb einer dritten regionalspezifischen Fremdsprache vor. Dieser ist allerdings an der MLU nur begrenzt möglich und anscheinend auch über den Univerbund ohne organisatorische Komplikationen nicht zu realisieren. Die Institutsleitung ist sich dieser Tatsachen wohl bewußt. Dennoch hält sie an der Regelung fest. Prof. Rottenburg dazu: „Das übergeordnete Kriterium ist, Studenten einen Abschluß zu geben, der auf dem Arbeitsmarkt Anerkennung findet. Für Ethnologie ist die sprachliche Kompetenz ausschlaggebend.“ Das Institut ist um eine Lösung des Problems bemüht. Prof. Rottenburg: „Im Bereich der sprachlichen Ausbildung müssen noch in den ersten Jahren vom Institut praktikable Lösungen gefunden werden.“

Rainer Krause

Photo sucht Bilderahmen

Photoclub Conspectus startet Photowettbewerb

➤ Du bist nervös, als du die Photos herausnestelst. Ob das Bild wirklich so geworden ist, wie du dir ausgemalt hast? Und dann der Augenblick: Deine Vorstellungen sind Realität geworden. Schwarz auf Weiß, auf einem Stück Photopapier.

Das Szenario kennst du? Du hast schon einige tolle Photos geschossen? Aber nie jemand gefunden, der sie wirklich zu würdigen wußte? Dann ist das deine Chance! Eine Jury des Universitätsphotoclub Conspectus nimmt sich Zeit für deine Bilder. Im Rahmen des 7. Photowettbewerbs der Partneruniversitäten Halle, Leipzig und Jena kannst du deiner Phantasie freien Lauf lassen. Die Themen sind weit gefächert: Von „Naturwelten“ über „Party Animals“ bis hin zum „Selbstportrait“ kannst du Photos und Serien einschicken. „Wir haben die Themen absichtlich sehr weit gehalten, damit für jeden was dabei ist“,



erzählt Kati Mühlmann, organisatorische Leiterin des Wettbewerbs.

Der jährlich stattfindende Photowettbewerb wird immer von einer der drei Städte ausgetragen. Und dieses Jahr ist eben Halle dran. Das heißt aber nicht, daß du Heimvorteil gegenüber den Jenensern oder Leipziguern hast.

Aber das brauchst du ja auch nicht, denn dein Bild überzeugt sicher auch so.

In jeder Kategorie werden die besten drei Arbeiten prämiert. Und wer besonders herausragend in allen Kategorien ist, hat Chancen auf den Hauptpreis.

Den Gewinnern winken attraktive Preise.

Das einzige, was du tun mußt, ist, bis zum 6. Juni 2003 deine Photos bei der unten genannten Adresse einzusenden. Wenn du jetzt der Meinung bist, daß dein Bild noch ein bißchen mehr Beachtung bekommen könnte, dann kommst du vielleicht am 3. Juli auf deine Kosten. In der Harzmensa findet dann die Ausstellungseröffnung mit den besten Bildern statt. Schön gerahmt. Diese zieht dann weiter nach Leipzig und Jena.

Und, ist das Würdigung genug? Na, dann trau dich.

Julia Rauschenbach

➤ Angaben zur Person: (bitte deutlich und in Druckbuchstaben ausfüllen)

Vorname _____ Nachname _____ Alter _____
 Straße _____ Hausnummer _____
 Postleitzahl _____ Ort _____
 Telefon _____ e-mail _____
 Studiengang _____ Halle Leipzig Jena

➤ Angaben zum Projekt:

Thema	Nr.	Titel	Farbe	s/w	Serie
NATURWELTEN	1				
	2				
	3				
PARTY ANIMALS	1				
	2				
	3				
SELBSTPORTRAIT	1				
	2				
	3				

Auf die Gewinner warten viele attraktive Preise. Die Jury vergibt je Kategorie einen ersten, zweiten und dritten Preis, einen Hauptpreis für die beste Gesamteinsendung sowie viele weitere Prämierungspreise.

Einsendeschluß ist der 6. Juni 2003 (Posteingang).

Die feierliche Preisverleihung und Ausstellungseröffnung finden am Donnerstag, den 3. Juli 2003 um 17.30 Uhr in der Harzmensa in Halle (Saale) statt.

Bitte die Teilnahmebedingungen auf der Rückseite beachten!

Corax-Projekt Interaudio II

Studierende aufgepaßt: Radio Corax sucht Mitarbeiter für ein Projekt der etwas anderen Art. Wie von einem nicht-kommerziellen Lokalsender, der sich auch gern als Freies Radio bezeichnet, zu erwarten, geht es im Projekt Interaudio II bereits seit Anfang März um einen alternativen Blick auf Ost- und Südosteuropa. Im Laufe des auf ein Jahr angelegten Vorhabens sollen insbesondere Länderinformationen zu Serbien, Ungarn, Litauen, Rußland und Rumänien erarbeitet werden.

Die Zielstellung dabei ist ehrgeizig. Für gewöhnlich werden Ereignisse aus dieser Region hier nur wahrgenommen, wenn es sich um Krisen- oder Katastrophenberichte handelt, was nach Meinung der Projektinitiatoren vor allem Fremdheit und Anderssein suggeriert und im öffentlichen Bewußtsein reproduziert. Vor allem alternative Medien müßten sich daher der Region stärker annehmen, um so durch Informationen und Förderung des Austauschs insbesondere mit dortigen alternativen Medien Wahrnehmungsdefizite abzubauen. Das soll Interaudio II machen.

In drei Stufen wollen sich die MacherInnen dem jeweiligen Land nähern. Die erste Stufe ist ein Seminar zum jeweiligen Land, bei dem im Gespräch mit Experten zu und aus den jeweiligen Ländern die nötige Informationsbasis gelegt werden soll. In Phase zwei werden dann zwei Monate lang Radiobeiträge und ganze Sendungen erarbeitet und gestaltet, die in über zehn deutschen Radios und natürlich auch auf Radio Corax, 95.9 MHz gesendet werden sollen. In Phase drei wird eine Dokumentation der gesammelten Beiträge sowie eine Länderinformation erarbeitet, die womöglich auch in Informationsmaterialien der Bundeszentrale für Politische Bildung eingeht, welche das Projekt unterstützt.

Die Möglichkeiten für interessierte Studierende sind also vielfältig. Das Projekt lockt nicht nur mit vielen Eindrücken und Erfahrungen (womöglich finden Seminare auch in den jeweiligen Ländern statt), sondern eben auch mit Medienpraxis. Eine interessante Sache sicher nicht nur für Slawisten oder Medienwissenschaftler.

Felix Knothe

Projektphasen

Serbien: März, April, Mai
Ungarn: Mai, Juni, Juli
Litauen: Juli, August, September
Russland: September, Oktober, November
Rumänien: November, Dezember 2003, Januar 2004

Die Projektgruppe trifft sich immer dienstags 20 Uhr im Cockbit (Nähe Radio Corax, Unterberg 11).

Nähere Infos:
www.interaudio.org
Kontaktmail:
info@interaudio.org

Teilnahmebedingungen (zum Photowettbewerb, siehe Vorderseite)

Der Wettbewerb ist offen für alle Studenten und Mitarbeiter der Partneruniversitäten Halle, Leipzig und Jena. Eine Kopie des Studentenausweises ist beizufügen.

Eingereicht werden dürfen Papierbilder in Farbe und Schwarz/Weiß. Jeder Teilnehmer kann maximal drei Arbeiten pro Thema einreichen, darunter darf zu jedem Thema eine Bildserie sein, die als eine Arbeit zählt (hierfür ist eine Layoutskizze beizufügen).

Nominiert werden nur Einzelbilder in einer Größe zwischen 24 x 30 cm und 40 x 60 cm und Bildserien, die sich in einem Rahmen von 70 x 100 cm präsentieren lassen.

Jedes Bild ist wischfest und leserlich auf der Rückseite zu beschriften: Name, Adresse, Thema und Bildtitel.

Die Bildautoren erklären mit ihrer Einsendung, daß sie die Urheber der Arbeiten sind und einer Veröffentlichung keine Rechte Dritter (insbesondere abgebildete Personen) entgegenstehen.

Der Veranstalter beruft eine Jury, die die besten Arbeiten ermittelt und die Preisträger benennt. Die Entscheidungen der Jury sind unanfechtbar. Mitglieder der Jury sind vom Wettbewerb ausgeschlossen.

Der Veranstalter verpflichtet sich zum sorgfältigen Umgang mit allen eingereichten Arbeiten. Für eventuelle Schäden oder Verluste kann er jedoch nicht haftbar gemacht werden.

Alle Teilnehmer werden nach der Juryentscheidung über die Wettbewerbsergebnisse schriftlich in Kenntnis gesetzt. Diese Information erfolgt durch einen Sponsor.

Die besten Arbeiten werden in Form einer Wanderausstellung an den Universitäten Halle, Leipzig und Jena präsentiert.

Die Preisverleihung erfolgt anlässlich der Ausstellungseröffnung am 03. Juli 2003 in der Harzmensa. Sind einzelne Preisträger an diesem Tag verhindert, so können sie ihren Preis innerhalb von vier Wochen beim Veranstalter abholen. Nicht in die Ausstellung aufgenommene Bilder werden bis Ende August 2003 zurückgesandt, wenn der Einsendung ausreichend Rückporto beigelegt wurde. Alle anderen Arbeiten bleiben bis zum Ausstellungsende in der Obhut des Veranstalters.

Der Veranstalter behält sich vor, die eingereichten Arbeiten im Rahmen des Fotowettbewerbs der Partneruniversitäten unentgeltlich zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden.

Die Arbeiten können eingesandt werden an:

Studierendenrat der Martin-Luther-Universität
 Universitätsplatz 7, 06108 Halle

StudentInnenrat der Universität Leipzig
 Photoclub, Augustusplatz 10-11, 04109 Leipzig

Studentenwerk Jena
 Kulturbüro Dörte Bendl, Philosophenweg 22, 07708 Jena

(oder einfach abgeben in der Poststelle)

Einsendeschluß: 06.06.2003
 Stichwort: „Fotowettbewerb Partneruniversitäten“ – nicht vergessen!

Diese Rubrik soll ein Forum für Meinungsäußerung sein. Wir wollen damit Gruppen und Personen außerhalb unserer Redaktion die Möglichkeit geben, zu allen möglichen Themen Stellung zu beziehen. Daher sind für die hier wiedergegebenen Texte einzig die Verfasser verantwortlich. Die Texte geben darüber hinaus nicht unbedingt die Meinung der READiculum-Redaktion wieder.

Studentische Beschäftigte – sogenannte Hilfskräfte

Ohne sie läuft in manchen Bereichen der Universität nichts – oder zumindest vieles schlechter. Zu nennen sind hier z.B. die Öffnung der Computerpools oder der Zweigbibliotheken – nicht nur in den Spätnachmittag- und Abendstunden oder am Wochenende. Studentische Hilfskräfte leiten als TutorInnen Lehrveranstaltungen. Am FB Physik z.B. fielen ohne sie obligatorische Praktika aus. In Forschungsprojekten unterstützen studentische Beschäftigte ProfessorInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Sie betreuen die Homepage ihres Fachbereiches oder Institutes, fertigen Anschauungsmaterial für Lehrveranstaltungen, konzipieren Übungen, korrigieren Prüfungsaufgaben ...

Unabhängig von den konkreten Tätigkeiten, die von den studentischen Hilfskräften wahrgenommen werden, werden diese mit 7,02 € pro Stunde vergütet, wenn die Beschäftigung als wissenschaftliche Hilfskraft ohne Hochschulabschluß erfolgt.

Daß dies gängige Praxis ist, hat im wesentlichen zwei Gründe:

1. Die Beschäftigung studentischer Hilfskräfte als wissenschaftliche Hilfskräfte ist für den Arbeitgeber billiger als die Beschäftigung als angestellte Aushilfskräfte.
2. Die Beschäftigung studentischer Hilfskräfte als wissenschaftliche Hilfskräfte ist für den Arbeitgeber mit weniger Verwaltungsaufwand verbunden als die Beschäftigung als angestellte Aushilfskräfte.

Zu Punkt 1 ist festzuhalten, daß die Vergütung wissenschaftlicher Hilfskräfte nicht im Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT-O), sondern lediglich in einer Richtlinie der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) geregelt ist. Diese TdL-Richtlinie geht nicht über gesetzliche Mindeststandards hinaus (betrifft z.B. Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Sie enthält dementsprechend auch den Passus „Tarifliche Leistungen werden nicht gewährt.“

Zu Punkt 2 ist anzumerken, daß z.B. die ProfessorInnen die Tätigkeiten nicht bzw. nur grob zu beschreiben haben, die Personalabteilung diese Tätigkeiten nicht tarifgerecht bewerten und nicht zuletzt die daraus resultierende Eingruppierung (Vergütung) nicht dem Personalrat zur Mitbestimmung vorlegen muß.

Ja bitte, werden manche / viele sagen, da haben wir ja genügend Gründe, daß die Beschäftigung studentischer Hilfskräfte im Regelfall als wissenschaftliche Hilfskräfte erfolgen soll. Und schließlich sind diese Tätigkeiten wissenschaftsnah und bieten deshalb den Studierenden die Möglichkeit, sich zu

qualifizieren und durch diese Beschäftigung den Hochschulbetrieb besser kennenzulernen.

Aber allein die Tatsache, daß Studierende bei ihrer Tätigkeit an der Hochschule dazulernen, kann unmöglich der Grund sein, diese Arbeit nicht angemessen, d.h. nach Tarifvertrag zu vergüten. Dieses Argument könnte man schließlich bei jeglicher Beschäftigung anbringen, auch beim hauptamtlichen Personal ...

Tatsächlich führt die gegenwärtige Situation der Ausnahme der wissenschaftlichen Hilfskräfte aus dem BAT-O und der Vergütung nach der TdL-Richtlinie dazu, daß qualifizierte Studierende schlechter bezahlt werden als Pförtner oder Boten. Höherwertige Tätigkeiten werden weit unter Tarif vergütet.

Konkret führt das u.a. zu folgenden absurden Situationen:

- > Eine studentische Hilfskraft, die für einen Professor eine Statistik ausarbeitet, bekommt dafür weniger Geld, als wenn sie die Statistik für die zentrale Universitätsverwaltung erarbeitet.
- > Eine studentische Hilfskraft, die im Rahmen eines wissenschaftlichen Projektes Fragebögen computermäßig aufbereitet, dazu offene Fragen mit Sachverstand interpretiert und verschiedene Antwortmöglichkeiten zuordnet sowie vor Eingabe der Daten eine umfangreiche Plausibilitätskontrolle vornimmt, wird schlechter vergütet, als wenn sie in der Studentenverwaltung Daten lediglich mechanisch überträgt.

Dies verdeutlicht, daß nicht nur soziale Gründe für die Klärung dieser Probleme sprechen. Eine tarifvertragliche Klärung setzt aber voraus, daß sich Arbeitgeber dem nicht ausschließlich mit dem Kostenargument entziehen. Und andererseits ist die Änderung des gegenwärtig völlig unzureichenden gewerkschaftlichen Organisationsgrades der studentischen Beschäftigten notwendig.

Dr. Renate Federle
 Vorstandsmitglied der GEW-Hochschulgruppe
 Vorsitzende des Personalrates Hauptdienststelle
 Mitglied des Akademischen Senats
 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sportwissenschaft

Krieg für den Frieden?

Die Welt ist gespalten, Politiker debattieren heftig, Kriegsgegner und Kriegsbefürworter tun auf Demonstrationen ihre Meinung kund. Der Großteil der deutschen Bevölkerung würde wohl an einer Demonstration ersterer Art teilnehmen. Sogar die geschichtsträchtigen Montagsdemonstrationen, die in Leipzig an der Nicolaikirche ihren Ausgang hatten, werden wieder ins Leben gerufen. Kaum jemand könnte wohl verstehen, daß es auch einige in Deutschland lebende Menschen gibt, die den Krieg befürworten.

➤ Sardar ist Kurde, er wuchs im Nordirak auf, studierte in Bagdad, bevor er 1998 nach Deutschland kam. Er ist kein Kriegsgegner. Er begrüßt den Krieg als das, wofür ihn die Amerikaner ausgeben, als einen Befreiungsschlag. Ein Teil seiner Familie lebt noch im Nordirak, in Suleimaniya nahe Kirkuk. Er hat Verständnis für die Friedensdemonstrationen, doch auch er möchte verstanden werden. Sardar erzählt, daß Meinungen laut werden, die den Kurden vorwerfen, nur weil sie auf Verbesserung ihrer politischen und humanen Situation hofften, würden sie den Krieg begrüßen. Doch kaum jemand, der nicht unter dem Regime Saddam Husseins aufgewachsen sei, könne seine Situation nachvollziehen und Verständnis für seine Haltung aufbringen.

Sein älterer Bruder wurde in Bagdad verhaftet und gefoltert. Auch er lebt jetzt in Deutschland. Der jüngere Bruder versteckte sich drei Jahre lang im Haus seiner Mutter, um dem Dienst beim „Terrorapparat“ Militär, der auf einen unbegrenzten Zeitraum festgesetzt war, unter Saddams Regime zu entgehen.

Auf den Einwurf, die USA breche doch das Völkerrecht, indem sie den Irak angreife, erwidert Sardar, ob denn erst Europa selbst Ziel der Massenvernichtungswaffen sein müsse, damit uns bewußt wird, welche Bedrohung von Hussein ausginge. Seit seinem Amtantritt vor 25 Jahren habe Hussein die Menschenrechte anderer mißachtet. So durfte Sardar als Kurde im Irak beispielsweise keine Politik- und auch keine Kommunikationswissenschaften studieren. Bis zum Ende des Golfkrieges lebten er und seine Familie in ständiger Angst vor Übergriffen des Regimes und

vor dessen Massenvernichtungswaffen. Auch jetzt habe seine im Irak zurückgebliebene Familie Angst. Es sei nicht die Angst, von verrückten amerikanischen Bomben getroffen zu werden, sondern die Furcht vor den Waffen Husseins, die dieser schon zuvor gegen die im Nordirak lebenden Kurden gerichtet hatte. Unter dem Regime im Irak seien in den letzten 20 Jahren Menschen willkürlich gefangen genommen, verfolgt und sogar getötet worden. Es wurden aber auch Kriege gegen die Nachbarstaaten geführt, welche insgesamt zwei Millionen Menschen das Leben kosteten. Unter diesem Aspekt hält er das Eingreifen der Alliierten für gerechtfertigt. Es sei ein großer Krieg, der doch aber hoffentlich alle anderen Kriege gegen die im Irak lebenden Völker beenden werde.

Auf die Frage, warum denn die irakische Bevölkerung Saddam Hussein nicht durch einen Putsch schon längst selbst abgesetzt hat, antwortet Sardar mit einer Gegenfrage: Warum hätten die Deutschen Hitler an der Macht gelassen? Weil das Regime zu stark, zu brutal gewesen sei und mächtigen Einfluß auf alle Gegner ausüben konnte. Und warum hätten die Deutschen mit amerikanischer Hilfe befreit werden dürfen und die Iraker nicht? Bis Saddam Hussein nicht endgültig abgesetzt sei, würde seine Familie in Angst leben. Denn selbst die Amerikaner könnten die Menschen nicht vor ihm schützen.

Ein großes Problem in diesem Konflikt sei die Berichterstattung durch die Medien. Natürlich könne er neben den deutschen und amerikanischen Sender arabisch und kurdisch Sender schauen und im Gegensatz zu uns nicht nur Zitate aus zweiter Hand erhalten.

Die deutschen Sender versuchten seiner Meinung nach eine sehr neutrale Berichterstattung, doch aber eher mit der Tendenz, den Krieg zu verurteilen. Die Bilder von zivilen Opfern und leidenden Menschen hätten einen großen Anteil an den Berichten. Doch warum zeige man nicht Bilder der unterdrückten Bevölkerung vor Beginn des Krieges? Die englischen und amerikanischen Fernsehsender berichteten im Sinne der dortigen politischen Meinung, pro Krieg. Wenige arabische Sender berichteten neutral, der Großteil wohl gegen die USA. Sardar hat den Vorteil, daß er außer seiner Muttersprache alle drei Sprachen versteht. Die meisten von uns können maximal zwei Sprachen verstehen.

Wie er sich die Zukunft, die Zeit nach dem Krieg vorstellt? In Bezug auf die jetzige Situation im Nordirak hofft er, daß es im Irak einen föderalistischen Staat geben wird, in dem die Kurden quasi ein eigenes Bundesland erhalten. Natürlich hofft er auch, nach dem Krieg endlich seine Mutter wiederzusehen. Seit langem hätten sie nur per Telefon oder E-Mail miteinander Kontakt.

Sardars Einstellung ist sicher nicht immer nachvollziehbar, doch trotz aller Friedensbekundungen und Demonstrationen dürfen wir nicht verlernen, auch andere Meinungen gelten zu lassen und zu akzeptieren. Viele protestieren für den Frieden, doch hätte dieser Frieden für andere wiederum Bedrohung und Krieg bedeutet.

Antje Wagner



Einverstanden mit dem Krieg: Sardar

Kommentar Frieden und Demokratie in Nahost?

➤ Irgendwann kam der Mensch auf den Gedanken, daß er mit den selben Waffen, mit denen er sich vorher nur gegen wilde Tiere verteidigt hatte, seine Mitmenschen töten könnte. So wurde er selbst zur Quelle seiner Angst. Seine Waffen, mit denen er Schrecken verbreitet und Drohkulissen aufbaut, sind chemisch, biologisch, aus Uran oder einfach fehlgeleitet. Aber es gibt auch weitaus subtilere Mittel, etwa Terroralarmstufen in orange und gelb. So soll in uns ein ständiges Gefühl der Bedrohung aufgebaut werden, wir sollen unseren Verstand wieder abschalten, uns willenlos diversen Sicherheitspaketen und Patriot Acts, also Einschränkungen unserer bürgerlichen Freiheiten unterwerfen.

Und am Ende sollen wir auch lautlos ja zum Krieg sagen, der das Völkerrecht zerstört, das eigentlich zur Versicherung gegen Kriegstreiber und deren Waffenarsenale taugen sollte. Was aber über Jahrzehnte an internationaler Sicherheitsarchitektur in Form von Waffensperr- und Abrüstungsverträgen aufgebaut wurde, hat George W. Bush in den zwei Jahren seiner Amtszeit nach und nach wieder außer Kraft gesetzt. Statt dessen ist die USA zu Unilateralismus und zur Gewalt als Mittel der Durchsetzung ihrer Interessen zurückgekehrt. Wie jetzt im Irak. Und mit dem Bruch des Völkerrechts hebelte man das Primat des Rechts über die Politik aus. Man erklärte Diplomatie und Verstand gleichermaßen den Bankrott und marschierte im Irak ein.

Nimmermüde wird uns erklärt, es hätte keine Alternative zum jetzigen Krieg im Irak gegeben. Und daß es der Nahe Osten, mit seiner an Konflikten reichen Geschichte, wohl nie zum Frieden schaffen würde, ist auch hierzulande zur Binsenweisheit geraten. Schon weil in dieser Region auch noch der brutalste Mörder zum Märtyrer mit Heiligenschein aufsteigen kann. Doch es gab und gibt Möglichkeiten, Frieden in die Region zu bringen, welche nur noch nicht mit der nötigen Wahrhaftigkeit angegangen wurden.

Es sollte nicht unterschieden werden zwischen solchen Staaten, die Massenvernichtungswaffen besitzen dürfen, etwa Israel, und anderen, die sie nicht haben dürfen. Die UN-Resolutionen,

die nach dem Golfkrieg von 1991 erlassen wurden, forderten ausdrücklich die Abrüstung des Waffenpotentials im gesamten Nahen Osten, nicht nur im Irak. Darüber hinaus regten die UN die Schaffung einer Sicherheitsstruktur nach dem europäischen Vorbild der OSZE an. Und nicht zuletzt wurden durch die Inspektionen im Irak von 1991 bis 1998 mehr Waffen vernichtet als im vorherigen Krieg.

Der Krieg im Irak aber wird die Parteien in Nahost wohl kaum über eine Abrüstung nachdenken lassen und bringt die Friedenschancen so noch weiter zum Schwenden. Und andere Staaten, die die USA auf ihrer Liste der Schurkenstaaten haben, werden nun alles daran setzen, schnell ein atomares Drohpotential zu erlangen.

Nicht zu vergessen sind auch die Menschenrechte. Deren friedliche Durchsetzung ist wichtig für einen dauerhaften Frieden in Nahost. Auch die USA haben sich in den ersten Kriegstagen auf das Völkerrecht berufen und forderten die Einhaltung der Genfer Konvention bei der Behandlung ihrer Soldaten. Gleiches verweigern die USA aber bis heute hartnäckig ihren Gefangenen aus dem Afghanistan-Feldzug, die in Guantánamo sitzen.

Welchen Glauben darf man also den Vereinigten Staaten in ihrem vorgebliehen Bemühen um eine Demokratisierung des Nahen Ostens schenken? Ihren engsten Verbündeten in der Region läßt sie seit Jahren Menschenrechtsverletzungen durchgehen. Israel, demokratischer Vorzeigestaat der Region, kennt nur Recht für seine israelischen Bürger und mißachtet die Rechte der Palästinenser in den Besatzungszonen. Eine Gesellschaft in Freiheit und Gleichheit ist das nicht. Unfreiheit und Unfrieden der Palästinenser in Israel haben einen großen Anteil an Unfreiheit und Unfrieden in der gesamten Region. Nicht zuletzt weil sie den Hardlinern auf arabischer Seite immer wieder als Zündstoff dienen.

Die USA wie auch die EU können in Zukunft nur Glaubwürdigkeit finden, wenn sie das Recht nicht mit zweierlei Maß messen. Das heißt, es muß faire Prozesse für die Gefangenen auf Guantánamo geben. Es darf nicht mehr



weggesehen werden, wenn Israel Palästinensern ihre Rechte vorenthält. Und es dürfen keine Waffen mehr an die Staaten der Region verkauft werden.

Die Abschaffung des Völkerrechts durch das Recht des Stärkeren kann nur verhindert werden, wenn es zukünftig auch eine richterliche Instanz gibt, die Verstöße nationaler Regierungen oder gar des UN-Sicherheitsrates gegen die UN-Charta oder andere Teile des Völkerrechts ahnden könnte. Ein Ausbau der Kompetenzen des Internationalen Gerichtshofes ist daher dringend geboten, um der Selbstjustiz einzelner Staaten Einhalt zu gebieten.

Zukunftsmusik oder gar Utopie? Die Zivilgesellschaft – Wir! – sollte keinesfalls davon lassen, auch zukünftig politische Verantwortung zu übernehmen. Wir dürfen auch nach dem Irakkrieg nicht nachlassen, unseren Verstand und unsere Stimme einzusetzen, um nein zu sagen zu Angst und Krieg.

Marcel Michalski



Gegen den Krieg

► Vor der Marktkirche hat sich eine Menschentraube versammelt. Am Montagabend, am 31. März. Ist das alles? Wir sind ein bißchen zu spät, kurz nach sechs. Das „Hallesche Aktionsbündnis für Frieden“ tritt ans Mikrofon und verliest einen Aufruf gegen den Krieg. Und sie distanzieren sich von den Versuchen Rechter, die montäglichen Friedensdemos als Forum für ihre po-

litische Gesinnung zu mißbrauchen. Kein Antiamerikanismus, kein Antisemitismus: nur Frieden, darum geht es. „Nicht in unserem Namen – kein Krieg gegen den Irak!“. Zum zehnten oder zum elften Mal – man ist sich nicht sicher – seit Ende Januar findet heute wieder eine Montagsdemonstration in Halles Innenstadt statt, so wie früher im Herbst '89 überall im Osten.

Auf der Marktseite der Kirche hängt ein großes Transparent, eine Friedensaube über einem frommen Spruch. Dann Erich Kästner. „Das letzte Kapitel“ mit seiner visionären Zeile von den eintausend Gift-Bombern, die von Boston aus starten, wird in diesem Zusammenhang schon seit Wochen bemüht – jetzt auch in Halle.

Die Anzahl der Demonstranten läßt sich schlecht schätzen. Von unten, am Rand sieht es etwas mau aus. Ich steige auf einen der Blumenkübel vor dem Marktcafé. Es könnten einige hundert sein. Aus der Marktkirche kommen die Menschen vom Friedensgebet. Und aus der Talamtstraße kommen auch noch welche.

Neben den üblichen Alternativen gehören dazu auch erstaunlich viele „gewöhnliche“ Menschen, sogar ein gutes Dutzend Araber haben sich hierher in die Menge verirrt. Am Ende werden die Organisatoren von über tausend Teilnehmern sprechen, so wie in der Woche zuvor. Zum gleichen Zeitpunkt haben sich in Leipzig etwa 45 000 Menschen versammelt, um ebenfalls gegen den Krieg zu demonstrieren. Leipzig hat nur doppelt so viele Einwohner wie Halle.

Viertel sieben: noch schnell ein Lied, bevor es losgeht: „Dona nobis pacem“ – „Herr gib uns Frieden“, ein christlicher Kanon. Ein paar belehrende Worte, nachdem die letzte Stimme verklungen ist. Man fordert die Teilnehmer zu kreativem und lautstarken Protest auf. Und wie man sich zu verhalten hat. Zum Beispiel keine alkoholischen Getränke. Ein Punker prostet dem Sprecher fröhlich zu.

Der Zug setzt sich in Bewegung. Zuerst geht es Richtung Kleinschmieden, dann die große Steinstraße hoch, an der Ecke Joliot-Curie-Platz wird zum Hanseering umgeschwenkt, dann geradeaus bis zum Leipziger Turm und dort die Fußgängerpassage hinunter bis zum Markt. Ein kleiner Kreis für den Frieden.

Vorneweg marschiert das „Nicht in unserem Namen“-Banner, dahinter die Leute vom Aktionsbündnis. Jeder hat ein kleines Teelicht in der Hand, und sie singen alle zusammen leise ein Lied, oder sie beten.

Ein junges Mädchen hat ein rundes „Peace“-Zeichen aus Pappe gemacht, ein anderes ein herzförmiges „Make love, not war“-Schild. Man übt sich in Wortspielereien: „Bush verpeace dich“, steht auf einem Plakat. Weiter vorne, kurz hinter der Aktionsgruppe, hat sich der „aktive Widerstand“ postiert. Die kurzen und schmissigen Sprechchöre sind auch noch ganz hinten zu hören: „Internationale Völkermordzentrale U-S-A!“ oder: „Hoch-die-Internationale-Solidarität!“.

Im Demonstrationszug befinden sich auffallend viele Plakate von der PDS, be-

stimmt 20 Stück. Dagegen hat Attac nur ein Plakat, Bündnis 90/Die Grünen haben auch nur eines, aber das ist sehr groß. Andere Parteien oder Gewerkschaften sehe ich nicht. Hinter dem aktiven Widerstand geben ein halbes Dutzend Bushtrommeln den Sprechchören den Takt vor.

Das Ende des Zuges bildet ein roter Transporter von Car-Sharing („... nur fahren müssen sie noch selbst!“). Er treibt die Demonstranten vor sich her. Auf seinem Dach sind Megaphone installiert, durch die der Beifahrer die Forderungen des Aktionsbündnisses wiederholt und die Leute animiert: „Wir fordern die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen. Dieser Krieg ist ein schmutziger Krieg ... Wir laufen auch nicht allzu weit, so daß das machbar ist ...“ Vor ihm trotten Fernsehkameras und Aufnahmeteams. Ob sich Bush wohl davon beeindrucken ließe?

Aus dem Transporter baumelt einladend ein Mikro. Eine junge Frau im alternativen Look greift zu. Ich kann meinen Ohren nicht trauen. Wir demonstrieren hier nämlich nicht nur gegen den Irakkrieg, wie sie uns erklärt. Da hängt so viel mit dran: nicht weniger als das ganze imperialistisch-kapitalistische System. Sie schließt mit dem frommen Wunsch, daß wir zukünftig alle nicht mehr arbeiten müssen, weil dann nämlich die Miete auch nichts mehr kosten wird. Grüßen möchte sie niemanden. Eine kleine Frauengruppe vor mir amüsiert sich prächtig.

Gelbe und blaue Luftballons traben mit Kleinkindern vorbei. Ein paar Mädels machen bunte Seifenblasen. Irgend etwas fehlt. Auf der Höhe der Post, es ist halb sieben, beschallt der Car-Transporter die vorderen Ränge mit Musik. Die Qualität ist sehr schlecht, man versteht kein Wort. Nach einigen Metern sehen das auch die Leute im Transporter ein und verlegen sich wieder auf ihre altbewährten Parolen. Ein paar Punk-Girlies in Strapsen hinter dem aktiven Widerstand rufen „Ficken für den Frieden!“ Prostitution für die gute Sache.

Bevor der Demonstrationszug zehn nach halb sieben beim Leipziger Turm überhaupt zu sehen ist und auf die Fußgängerpassage einbiegt, hört man schon lautstark die Triller-Pfeifen. Ich muß an die letzte Loveparade denken. Und an die große Anti-Bush-Demo vor einem Jahr in Berlin.

Ansonsten hat sich an der Marschordnung nichts geändert. Transparent, Friedenskreis, Widerstand, Transporter. Dazwischen Menschen. Der Zug muß sich unterwegs vergrößert haben. Vielleicht machen ihn auch nur die engen Gassen so groß. Es hat alles einen familiären Charakter.

Der aktive Widerstand demonstriert, was man heutzutage aus Abzählreimen alles machen kann: „... neun und zehn – Bush und viele mehr – müssen gehen“, gefolgt von einem beherzten Aufruf: „Aktiver Widerstand, das ist das Gebot der Stunde!“ Die Erzählerin von der großen Steinstraße hat sich wieder ans Mikro gehängt und versorgt uns mit Anti-Kriegs-Raps. Wir laufen gemeinsam die Fußgängerpassage herunter und fordern die Einstellung aller Kampfhandlungen und den Rückzug der USA und ihrer Verbündeten aus dem Irak und Afghanistan.

Dreiviertel sieben sind wir wieder auf dem Markt. Der Kreis schließt sich. Eine halbe Stunde für den Frieden. Wir sind wirklich nicht allzu weit gelaufen, so wie angekündigt. Aber die Menschen zerstreuen sich ziemlich schnell auf dem großen Marktareal. Jetzt sieht es wieder nach weniger aus.

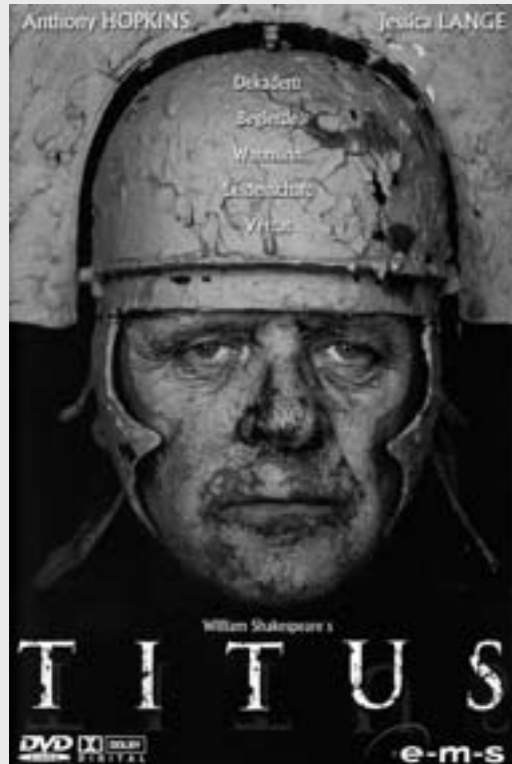
Vor der Marktkirche, wo vor etwas mehr als einer halben Stunde Aufbruch war, sammelt sich der hallesche Aktionskreis für Frieden in einem Halbkreis. Vielleicht zwanzig oder dreißig Leute. Man blickt sich gegenseitig an, um sich Mut zu machen. Hoffnung ist das Gebot der Stunde. Dann wird noch einmal „Dona nobis pacem“ angestimmt.

Das Eindrucksvollste ist im Moment das Polizeiaufgebot, das den „aktiven Widerstand“ in seiner Aktivität bremsen möchte. Auf dem Markt soll es keine Party geben. Am roten Turm geht es hoch her.

Ein Sprecher des Aktionsbündnisses für Frieden lädt uns zur Demonstration am nächsten Montag ein. Gleiche Stelle. Vorher ist noch um 17.00 Uhr das Friedensgebet in der Marktkirche, wie immer.

„Ich erkläre die Demonstration für beendet. Kommen sie gut nach Hause!“

Uwe Hartwig



USA/Italien 1999, 162 Min., Regie: Julie Taymor

Titus

Andronicus ist ein Krieger, ein Feldherr, der sich bedingungslos an vorgegebene Riten hält. Deshalb steht es für ihn außer Frage, daß der Tod seiner Söhne ein Blutopfer fordert. Er läßt den ältesten Sohn der Gotenkönigin töten. Gefühle wie Mitleid oder Vergebung läßt er nicht zu, da sein Ehrenkodex es ihm verbietet.

Das Volk verehrt ihn. Er soll der unbestrittene Herrscher Roms werden. Seine Loyalität aber läßt auch das nicht zu. Er bestimmt den ältesten Sohn des vorherigen Imperators, Saturnin, zum Kaiser. Eine schlechte Wahl, denn dessen Herrscherambitionen nähren sich aus zweifelhaften Instinkten ...

Das Theaterstück *Titus Andronicus* war eines von Shakespeares ersten Arbeiten und zu seinen Lebzeiten ein großer Erfolg. Hier vereinen sich schon alle für seine späteren Werke typischen Elemente. Die Regisseurin Julie Taymor (Frida) verbindet diese Dramenbestandteile von Shakespeares Frühwerk aber mit einer anderen, aktuellen Aussage. Für sie ist *Titus Andronicus* auch eine Warnung vor dem Krieg und dessen häßlichen, menschenverachtenden Auswirkungen. In einem Interview sprach sie vom ewigen und sich ständig wiederholendem Horror, den sie mit ihrer Interpretation visualisieren wolle. Es gäbe durchaus Gemeinsamkeiten zwischen

dem Geschehen in *Titus* und aktuellen Tragödien wie dem Massaker in Bosnien oder den Ereignissen in Littleton. Julie Taymor wählte daher ungewöhnliche Gestaltungsmittel: Die Handlung spielt zwar im antiken Rom, doch paßt sich das Setdesign teilweise heutigen Gewohnheiten an. So ist es durchaus nicht ungewöhnlich, wenn in *Titus* auf einmal ein Auto durchs Bild fährt oder der Senat seine Reden durch ein Mikrofon verkündet.

Die Krux ist eindeutig: Wenn es ein kontinuierlich wiederkehrendes Ereignis in der Menschheitsgeschichte gibt, dann ist es die kriegerische Auseinandersetzung. Dieser Aussage ordnet sie das Geschehen um den römischen Feldherren unter.

Wenn am Ende der letzte Vorhang fällt und der Film seinen tragischen Höhepunkt erreicht hat, stellt sich die Frage, ob Julie Taymors experimenteller Ansatz geglückt ist. Das mag jeder für sich selbst entscheiden. Unzweifelhaft großartig sind aber die Leistungen der Schauspieler. Anthony Hopkins in der Hauptrolle gibt Titus Charisma, und auch Jessica Lange in der Rolle der Tamora vermag zu überzeugen.

Titus ist jetzt auf VHS und DVD erschienen. Man sollte ihn sich ansehen, wenn man offen für abseitiges Kino ist.

Gerd Naumann

Der Kampf ist zu Ende, die Schlacht ist geschlagen. Empfangen vom Jubel der Massen trifft er ein, der ruhmreiche Feldherr Titus Andronicus. Im Siegestaumel nahm Andronicus Tamora, die Königin der Goten, und ihre Söhne als Geiseln. Für ihn rechtfertigt sich dies durch den Tod vieler seiner Söhne. Fünf von ihnen sind auf dem Schlachtfeld gefallen.

Diese DVD gibt's zu gewinnen. Wie, steht auf der letzten Seite.

Veranstaltungen

Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt
Ist Sachsen-Anhalt auf dem „Weg nach oben“? Welche Chancen hat Sachsen-Anhalt im Hinblick auf die anstehende EU-Erweiterung? Ist Sachsen-Anhalt seit Amtsantritt der neuen Regierung als Wirtschaftsstandort wieder attraktiv geworden?

Diesen Fragen wollen die internationale Studentenorganisation AIESEC Halle/Leipzig und die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung in einer gemeinsamen Veranstaltung nachgehen. Für Mittwoch, den 7. Mai laden sie von 16 bis 20 Uhr in den Hörsaal XXIII des Audimax-Gebäudes zu Vorträgen und einer

Podiumsdiskussion ein. Mit dabei sind u.a. Dr. Horst Rehberger, Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Peter Heimann, Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau, Dr. Peter Franz, Institut für Wirtschaftsforschung Halle und Karsten Knolle (CDU), Mitglied des Europaparlaments. Der Eintritt ist frei.

Konrad Dieterich

„La Bim“ macht weiter

Das Minikino La Bim hat im April weiterhin geöffnet und wird nicht von der Stadt geschlossen. Das Programm und alle angekündigten Vorführungen und Konzerte gehen weiter wie geplant.

Am 31. März war der Mietvertrag mit der Stadt ausgelaufen. Bereits im vergangenen Herbst hatte die Stadt Halle die Beendigung des Mietvertrages mit dem La Bim angekündigt, weil an dem Haus im Töpferplan 3, in dem das Kino gegenwärtig untergebracht ist, verschiedene bautechnische Mängel festgestellt wurden.

Da die vor einem halben Jahr bestimmte Kündigungsfrist nun ergebnislos verstrichen ist, kann man davon ausgehen, daß der Betrieb des La Bim im Töpferplan für das nächste halbe Jahr gesichert ist.

Uwe Hartwig

Vorträge

Mi, 23. April, 20.00 Uhr
Irakische Nacht
Vortrag, Arbeitsgruppen, Dokumentationsfilm etc. u.a. mit Dr. Hamid Jassim
Evangelische Studentengemeinde,
Eintritt frei

Fr, 25. April, 20.30 Uhr
lesen hören
Dr. H.-J. Marquardt liest Kleist, Tom Wolter liest Pessoa
theatrale, Eintritt frei

Mo, 28. April, 20.00 Uhr
Acht unbequeme Jahre
Autorenlesung mit Reinhard Höppner
Thalia Bücher, 5 €

Mo, 28. April, 20.30 Uhr
Poetrybuffet
Junge Literatur
theatrale, Café, 2,50 €

Di, 29. April, 20.00 Uhr
Grüne Gentechnik – Fluch oder Segen?
Heinrich-Böll-Stiftung
theatrale, Café, Eintritt frei

Di, 29. April, 19.30 Uhr
Schöpfungsgeschichte
Bruder Lukas (Petersberg)
Alternatives Vorlesungsverzeichnis
Franckesche Stiftungen, Haus 7, SR 5,
Eintritt frei

Di, 29. April, ??
Aktuelle Situation der MLU Halle
Dr. Renate Federle (Personalrat)
Hendrik Lange (student. Senator)
Alternatives Vorlesungsverzeichnis
Melanchthonium, ??, Eintritt frei

Mi, 30. April, 19.30 Uhr
Der Israel-Palästina-Konflikt
Mit einer Vertreterin der Israelischen
Botschaft
AG Antifa / Antira
Melanchthonium, HS B, Eintritt frei

Di, 6. Mai, 14.30 Uhr
DRAMA:TALK
nt, Lesesaal, Eintritt frei

Mi, 7. Mai, 16.00 Uhr
Die Zukunft des mitteldeutschen Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt
Vorträge und Podiumsdiskussion
AIESEC / Friedrich-Naumann-Stiftung
Audimax, Hörsaal XXIII, Eintritt frei

Do, 8. Mai, 19.30 Uhr
Die Herausbildung eines wissenschaftlichen Weltbildes
Hartmut Goggs
nt, Lesesaal, 2,50 €

Di, 13. Mai, 19.30 Uhr
Turmbau zu Babel oder Der Traum vom Übermenschen
Bruder Markus (Petersberg)
Alternatives Vorlesungsverzeichnis
Franckesche Stiftungen, Haus 7, SR 5,
Eintritt frei

Di, 13. Mai, ??
GATS und Bildung
Antje Laabza (StuRa Uni Magdeburg),
Pascal Meiser
Alternatives Vorlesungsverzeichnis
Melanchthonium, ??, Eintritt frei

Mi, 14. Mai, 20.00 Uhr
Die Rolle der Kirche im 3. Reich
Prof. Dr. Rupieper (Halle)

Mi, 21.5. 20.00
Thematischer Abend: "Interkulturelles Lernen" Wie andere Kulturen uns bereichern können
Referent: Prof. Dr. Berg
(Fachhochschule Merseburg)
Katholische Studentengemeinde,
Eintritt frei

Musik

Mi, 23. April, 20.00 Uhr
7. Sinfoniekonzert
Violinmusik von Schostakowitsch und
Tschaikowski
Opernhaus, Gr. Saal, 5 € auf allen Plätzen

Mi, 23. April, 20.30 Uhr
Michael Arnold Quartett feat. Andrej Lobanov
Modern Mainstream Jazz
theatrale, Café, 4 €

Fr, 25. April, 19.30 Uhr
Dr. Jekyll und Mr. Hyde
Rock-Ballett von Ralf Rossa mit Pixelpack
von TROTHA
Opernhaus, Großer Saal, ab 3 €

Fr, 25. April, 20.00 Uhr?
Punishable Act (Deutschland)
Down and Away (Schweden)
La Bim, 4 €

Di, 29. April, 20.00 Uhr
Java Five
Vocal Jazz aus Deutschland
Kiebitzensteiner, 10 €

Di, 29. Mai, 20.00 Uhr?
Pambanizza Circus, La Vela Puerca
Ska aus Frankreich und Uruguay
La Bim, 4 €

Mi, 30. April, 19.30 Uhr
Chorkonzert
Werke von Mussorgsky, v. Schillings und
Mendelssohn Bartholdy
Philharmonie
Kongreß- und Kulturzentrum, ab 7 €

Sa, 10. Mai, 21.00 Uhr
Pinkostar
Alternative Rock aus Hamburg
Festival „Halle live“
Turm

Di, 13. Mai, 20.00 Uhr
8. Sinfoniekonzert
Werke von Williams, Gershwin und
Bernstein
Opernhaus, Gr. Saal, 5 € auf allen Plätzen

Do, 15. Mai, 19.30
Konfrontation
Französische Musik in Vergangenheit und
Gegenwart
Philharmonie
Konzertthalle Ulrichskirche, 3 €

Fr, 16. Mai, 21.00 Uhr
Erdmöbel
Poetischer Deutschpop aus Köln
Turm, 9 €

Fr, 16. Mai, 19.30 Uhr
Inner Move / The Juliet Letters
Ballette von Nils Christie / Ralf Rossa
Opernhaus, Gr. Saal, 5 € auf allen Plätzen

So, 18. Mai, 20.00 Uhr
New Sound Collective
Funk/Groove
Turm, 15 €

Theater

Mi, 23. April, 20.00 Uhr
Bintou
von Koffi Kwahulé
Thalia nach 8
Großes Thalia Theater, 4 €

Fr, 25. April, 20.00 Uhr
Schnitt ins Fleisch
von Xavier Durringer
Thalia nach 8
Großes Thalia Theater, 4 €

Fr, 25. April, 20.30 Uhr
Sa, 26. April, 20.30 Uhr
Das Bildnis des Dorian Gray
Puppentheater, 5,50 €

Sa, 26. April, 20.30 Uhr
Zwei
von und mit Tom Wolter
theatrale, 5 €

So, 27. April, 20.00 Uhr
Kunst
von Yasmina Reza
nt, Kommode, 4 €

30. April bis 3. Mai, 20.30 Uhr
So, 4. Mai, 16.00 Uhr
Wir machen Cash
nach Michael Cooney
theatrale, 5 €

Fr, 2. Mai, 20.00 Uhr
Nichts Schöneres
von Oliver Bukowski
nt, Kommode, ab 5 €

Fr, 2. Mai, 20.30 Uhr
Sa, 3. Mai, 20.30 Uhr
Das Bildnis des Dorian Gray
Puppentheater, 5,50 €

Fr, 3. Mai, 19.30 Uhr (Premiere)
Sa, 4. Mai, 19.30 Uhr
Fabian
nach Erich Kästner
nt, Großer Saal, 8,50 € / 6,50 €

Di, 6. Mai, 19.30 Uhr
Indien
von Josef Hader und Alfred Dorfer
nt, Hinterbühne, 4 €

Mi, 7. Mai, 20.30 Uhr
Do, 8. Mai, 20.30 Uhr
Die letzten Tage des Charles Baudelaire
Puppentheater, 5,50 €

8. bis 18. Mai
Westöstlicher Diwan
Festival für Freies Theater in Europa
theatrale

Fr, 9. Mai, 20.00 Uhr (Premiere)
So, 11. Mai, 20.00 Uhr
Die arabische Nacht
von Roland Schimmelpfennig
jugeNTclub
nt, Neue Probekühne

13. bis 15. Mai, 20.30 Uhr
Der Sturm
Puppentheater, 5,50 €

Sa, 17. Mai, 19.30 Uhr
Hysterikon
von Ingrid Lausund
nt, Großer Saal

Sa, 17. Mai, 20.00 Uhr
Die arabische Nacht
von Roland Schimmelpfennig
jugeNTclub
nt, Neue Probekühne

Sa, 17. Mai, 20.30 Uhr
Wir zogen von Gasthof zu Gasthof
Geschichten einer Marionettenbühne
Puppentheater, 5 €

Ausstellung

bis 3. Mai, Di bis Fr 11.00 bis 13.30,
14.00 bis 19.00 Uhr, Sa 10.00 bis 15.00 Uhr
Künstler kopieren ihre Vorbilder
Zeitkunstgalerie, Eintritt frei

bis 4. Mai, Mo bis Fr 10.00 bis 19.00 Uhr,
Sa und So 10.00 bis 18.00 Uhr
Ein Dutzend Müller
Künstler von der Burg Giebichenstein
Galerie Marktschlößchen, Eintritt frei

24. April bis 16. Mai, Mo bis Fr 7.00 bis 18.00 Uhr,
Sa 9.00 bis 12.00 Uhr
Was für ein Mensch?!
Photographien von Anja Franz und
Anne Pfeifer
Kundencenter der Stadtwerke,
Eintritt frei

bis 18. Mai, Di bis Fr 10.00 bis 17.00 Uhr
Die Zarin und der Teufel
Rußlandbilder aus vier Jahrhunderten
Franckesche Stifftg., Hist. Waisenhaus, 2 €

bis 18. Mai, Di bis Fr 14.00 bis 19.00 Uhr,
Sa und So 14.00 bis 17.00 Uhr

Werner Tübke
Aquarelle, Handzeichnungen,
Druckgraphiken
Wolfgang Schultheiß
Digitale Bilder und Graphik
Kunstverein Talstraße, dienstags Eintritt frei

28. April bis 15. Juni, Di bis Sa 10.00 bis 20.30 Uhr,
So 17.00 bis 20.30 Uhr
Willy Brandt
Porträts von weltbekanntem
Künstlern gestaltet
nt, Galerie, Eintritt frei

bis 15. Juni, Di 11.00 bis 20.30 Uhr,
Mi bis So 10.00 bis 18.00 Uhr
Das andere Ich
Porträts 1900–1950
Staatl. Galerie Moritzburg,
dienstags Eintritt frei

11. Mai bis 29. Juni, Mo bis Fr 9.00 bis 16.00 Uhr,
Sa und So 14.00 bis 17.00 Uhr
Zeitgenössische Kunst aus Rumänien
Stadtmuseum Halle,
donnerstags Eintritt frei

Sa, 17. Mai, 18.00 bis 1.00 Uhr
4. Hallesche Museumsnacht
2,50 € inkl. öffentl. Verkehrsmittel

Party

Mi, 30. April, 20.00 Uhr
Walpurgisnacht
Thaliawiese am Kleinen Thalia Theater, 4 €

Do, 1. Mai, 10.00 Uhr
Maifeier
nt, Eingang Universitätsplatz

Do, 1. Mai, 11.00 Uhr
Frühschoppen mit Grillen
Live: Peter Steel Band
Weinbergclub

Film

Mi, 23. April, 20.00 Uhr
Fast, Cheap & Out of Control
USA 1997
Rosebud, 0,50 €

Do, 24. April, 20.30 Uhr
Sa, 26. April, 20.30 Uhr
Expedition Kurzfilm
Fünf Kurzfilme aus Frankreich
Zazie, 4 €

Do, 24. April, 20.00 Uhr
Knockaround Guys
USA 2001
Audimax, 1,99 €

Do, 24. April, 22.30 Uhr
Sa, 26. April, 22.30 Uhr
Va savoir
F 2001, OmU
Zazie, 4 €

25. bis 30. April, 20.00 Uhr
Titus
USA / Italien 1999
La Bim, 4 €, So 3 €

26., 28., 29. April, 22.30 Uhr
27. April, 20.15 Uhr
30. April, 18.00 Uhr
Taxi Driver
USA 1975
Lux Kino, 3,50 € bis 5 €

Mo, 28. April, 21.30 Uhr
Seven Years in Tibet
USA 1997, OV
LernLaden, 2,50 €

Mi, 30. April, 20.00 Uhr
Bonnie and Clyde
USA 1967
Rosebud, 0,50 €

1., 2., 4. bis 7. Mai, 20.00 Uhr; Sa, 3. Mai, 18.00 Uhr;
8., 9., 11. bis 14. Mai, 18.00 und 22.00 Uhr;
Sa, 10. Mai, 21.30 Uhr (open air)
About Schmidt
USA 2002
Capitol, 4,00 €, montags 2,60 €

1., 2., 4. Mai, 19.00 Uhr
5. bis 7. Mai, 21.00 Uhr
Bungalow
Deutschland 2002
Capitol, 4,00 €, montags 2,60 €

Di, 6. Mai, 20.00 Uhr
O Brother, Where Art Thou?
USA 2000
ESG-Filmküche
Ev. Studentengemeinde

Mi, 7. Mai, 20.00 Uhr
Requiem for a Dream
USA 2000
Rosebud, 0,50 €

8., 9., 11. Mai, 19.00 Uhr
12. bis 14. Mai, 21.00 Uhr
Hejar – Großer Mann, kleine Liebe
Türkei/Griechenland 2001
Capitol, 4,00 €, montags 2,60 €

8., 9., 12., 15., 16., 18., 21. Mai, 18.00 Uhr
8. bis 11., 13. bis 17., 19., 20. Mai, 20.15 Uhr
8., 10., 12., 14., 17. bis 21. Mai, 22.30 Uhr
City of God
Brasilien 2002
Lux Kino, ab 3,50 €

Do, 8. Mai, 20.00 Uhr
Lost and Delirious
CAN 2000
Lesbisches Kino präsentiert von Arcus
Audimax, 1,99 €

Mo, 12. Mai, 21.30 Uhr
Amadeus
USA 1984, OV
LernLaden, 2,50 €

Mi, 14. Mai, 20.00 Uhr
Rote Laterne
China/HK/Taiwan 1991
Rosebud, 0,50 €

Mo, 19. Mai, 21.30 Uhr
The Rocky Horror Picture Show
USA 1975, OV
LernLaden, 2,50 €

Mi, 21. Mai, 20.00 Uhr
Mann beißt Hund
Belgien 1992
Rosebud, 0,50 €

Do, 22. Mai, 20.00 Uhr
Die fabelhafte Welt der Amélie
F 2001
Audimax, 1,99 €

Sonstiges

Mi, 7. Mai, 10.00 bis 16.00 Uhr
**Hochschul- und Studentenschaftswahlen
an der Burg Giebichenstein**

Mi, 14. Mai, 9.00 bis 17.00 Uhr
**Hochschul- und Studentenschafts-
wahlen an der Martin-Luther-Universität**

Sa, 17. Mai, 10.00 bis 18.00 Uhr
Tag der Umwelt / Fahrradtag
Marktplatz

Die Preisangaben gelten für ermäßig-
ten Eintritt, ggf. an den Abendkassen.
Alle Angaben ohne Gewähr.

Zusammengestellt von
Konrad Dieterich

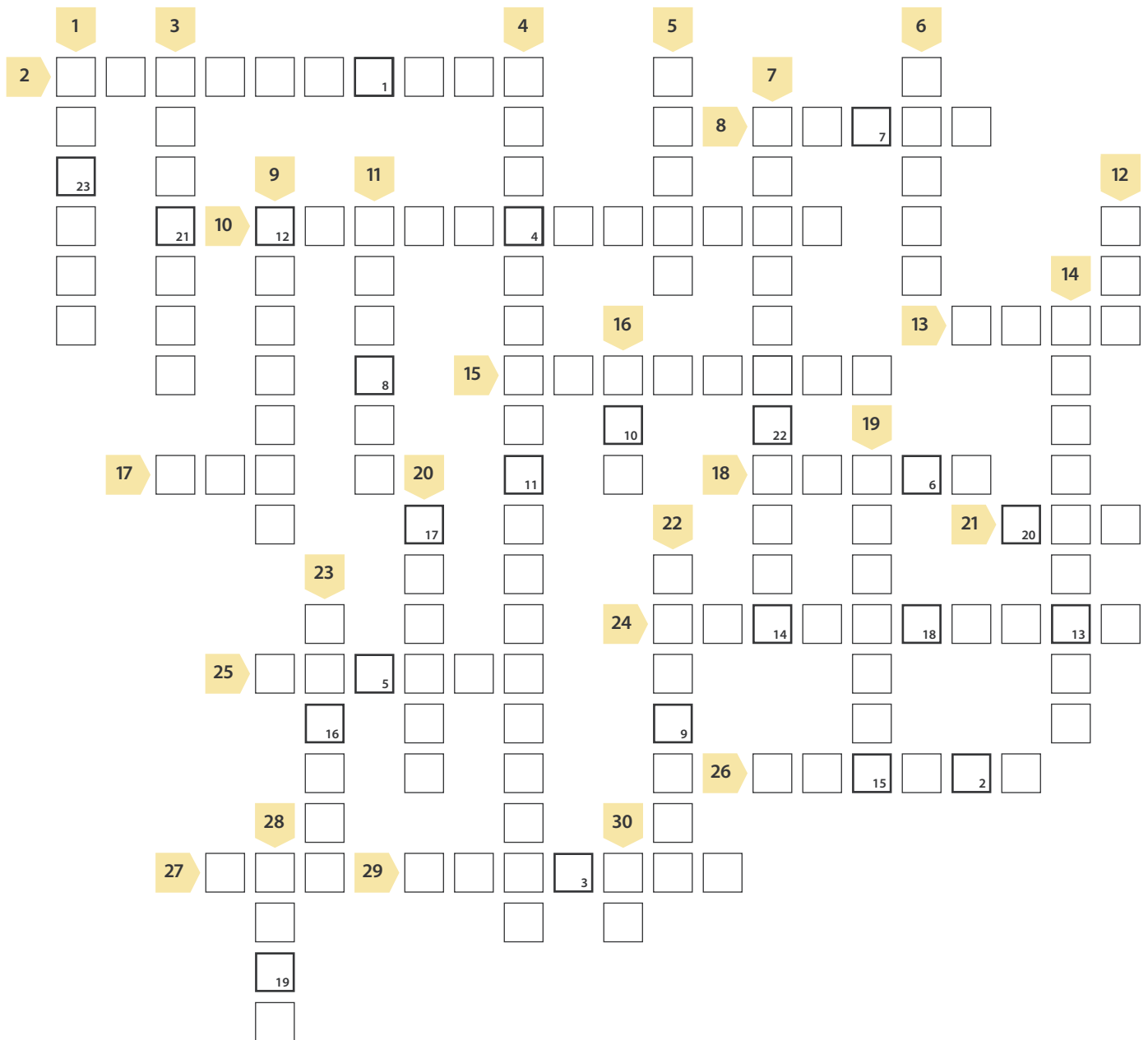
Audimax: Universitätsplatz 1
Ev. Studentengemeinde: Puschkinstr. 27, (03 45) 2 02 26 52, www.uni-halle.de/esg
Capitol: Lauchstädter Str. 1a, (03 45) 4 44 34 44, www.capitol-halle.de
Franckesche Stiftungen: Franckeplatz 1 (Hauptgebäude);
www.franckesche-stiftungen.uni-halle.de
Galerie Talstraße: Talstr. 23, (03 45) 5 50 75 10, www.kunstverein-talstrasse.de
Galerie Marktschlößchen: Marktplatz 13, (03 45) 2 02 91 41
Katholische Studentengemeinde: An der Moritzkirche 8, (03 45) 5 23 01 61,
www.uni-halle.de/ksg
Kiebitzensteiner: Händelgalerie, Große Ulrichstr. 7/9, (03 45) 6 85 73 13,
www.kiebitzensteiner.de
Konzerthalle Ulrichskirche: Kleine Brauhausstr. 26 (an der unteren Leipziger Str.),
(03 45) 2 21 30 21; Philharmonisches Staatsorchester: (0345) 2 21 30 00, www.philharmonie-
halle.de
Kunstverein Talstraße: Talstr. 23, (03 45) 5 50 75 10, www.kunstverein-talstrasse.de
La Bim: Töpferplan 3, (03 45) 50 39 97, www.labim.de/vu
LernLaden: Hackebornstr. 4, (03 45) 2 09 30 33, www.lernladen-halle.de
Lux Kino am Zoo: Seebener Str. 172, (03 45) 5 23 86-31, www.luxkino.de
Melanchthonianum: Universitätsplatz 9
nt: Große Ulrichstr. 50, (03 45) 20 50-0, www.nt-schauspiel-halle.de
Opernhaus: Universitätsring 24, (03 45) 51 10-355, www.oper-halle.de
Puppentheater: Universitätsplatz 2, (03 45) 6 88 87-0, www.puppentheater-halle.de
Rosebud: Medien- und Kommunikationswissenschaften, 2. Etage, SR 204,
Rudolf-Breitscheid-Str. 10, http://www.medienkomm.uni-halle.de/aktuell/rosebud.shtml
Staatliche Galerie Moritzburg: Friedemann-Bach-Platz 5, (0345) 2 12 59-0,
www.moritzburg.halle.de
Stadtwerke, Kundencenter: Bornknechtstr. 5
Schützenhaus Glaucha: Lerchenfeldstr. 14, (03 45) 2 92 62 60, www.stadtmuseum-halle.de
theatrale/Freie Komödianten: Waisenhausring 2, (03 45) 5 32 38 41, www.theatrale.de
Turm: Friedemann-Bach-Platz 5, (03 45) 2 02 37 37, www.turm-net.de
Thalia Bücher: Leipziger Str. 95, (03 45) 47 01 70
Großes Thalia Theater: Puschkinstr. 6, (0345) 20 40 50, www.thaliatheaterhalle.de
Kleines Thalia Theater: Thaliapassage, (03 45) 20 40 50, www.thaliatheaterhalle.de
Weinbergclub: Wolfgang-Langenbeckstr. 3, (03 45) 55 05 161, www.weinbergclub.de
Zazie: Große Ulrichstr. 27, (03 45) 2 09 78 26, www.zazie-kino.de
ZeitKunstGalerie: Kleine Marktstr. 4, (03 45) 2 02 47 78, www.zeitkunstgalerie.com



Unter dem Titel „Was für ein Mensch?!“
werden vom 24. April bis zum 16. Mai
im Kundencenter der Stadtwerke Hal-
le Schwarz-Weiß-Fotografien von zwei
Studentinnen der Burg Giebichenstein
ausgestellt. Anja Franz und Anne Pfeifer
portraitieren Menschen mit geistigen und
körperlichen Behinderungen in deren All-
tagswelt. Dabei geht es ihnen vor allem
darum, „Anderssein“ als etwas Natürli-
ches zu vermitteln, das uns jederzeit im
Alltagsleben begegnet.



Photo: Kati Mühlmann



Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

1. Rektorwahlverein
2. Uniklinikum
3. Kultusminister
4. Kürzungsplan in visionärem Gewand (Pl.)
5. Angehöriger einer Volksgruppe im Irak
6. Wenn man trotzdem lacht
7. Römischer General
8. Projekt eines Keramikers im Charlottenviertel
9. Pauschalhaushalt
10. Eselspreisträger, Vorname

11. Resurrection Days
12. Völkerverbund
13. Kundgebung, Kurzwort
14. friedliche Fachhochschule
15. Amerikanischer Kriegsminister
16. Wenn sich die MLU ein X für ein U vormachen läßt
17. Artikel, weiblich
18. Bald EU-Mitglied?
19. Deutscher Olympiabewerber 2012
20. Königin der Goten

21. Bildungsgewerkschaft
22. Angehöriger einer Religionsgruppe im Irak
23. Alex auf russisch
24. Photoclub Halle
25. Blair-Party
26. Hauptstadt Irak
27. Britisch: Make ..., not War!
28. Axis of ...
29. Ministerpräsident
30. Männliche Anredeform, englisch

Rätseln lohnt sich

Schickt das Lösungswort per Email oder Karte an uns: mail@readiculum.de, READiculum, c/o StuRa der MLU, 06099 Halle ... und schon nehmt ihr an der Verlosung teil. Zu gewinnen gibt es diesmal die DVD *Titus*.
Einsendeschluß ist der 15. Mai 2003. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort der 8.Ausgabe war „Tarifvertragsinitiative“. Die DVD *American Buffalo* gewann *Serguei Baouchev*.